

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 19.21 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere die Gruppe der Studenten der Publizistik mit ihrem Dozenten, Herrn Goral - alle angehende Journalisten und Journalistinnen.

(Beifall)

Ich begrüße die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister - es ist schon einer da - und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, allen gewählten Mitgliedern des neuen Landtags, insbesondere denjenigen, denen ich noch nicht persönlich gratulieren konnte, meine herzlichen Glückwünsche auszusprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie vielmals bitten - das werden Sie wahrscheinlich sowieso tun -, im Landtag die Interessen Kölns zu stärken

(Beifall)

und auch zusammenzuwirken, um Köln eine Stimme zu verleihen, die uns als größter Stadt des Landes Nordrhein-Westfalen und als viertgrößter Stadt Deutschlands auch zukommt. Ich bitte Sie auch darum, mit mir in einen regelmäßigen Austausch darüber zu treten - vielleicht gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten -, was wir in Köln tun können, um unsere Interessen noch besser an die Entscheidungsträger zu bringen, dass es auch nutzt. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, Herr Bürgermeister Dr. Heinen, Herr Rottmann, Herr Haug, Frau Wolter sowie Frau Stadtkämmerin Klug.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Ciesla-Baier, Herrn Klausung und Frau Pakulat.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu-

und Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: TOP 4.8 und TOP 4.9 - das sind nachträglich eingegangene Anfragen -, TOP 10.23, 10.24, 10.25 und 17.8 sowie die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Ausschüsse unter TOP 17.6 und 17.7. Zugesetzt im nicht-öffentlichen Teil werden TOP 23.3 und 24.4. - Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.3.1 und 16.1. Zum abgesetzten Tagesordnungspunkt 6.3.1 würde ich später Herrn Dr. Keller um eine kurze Erklärung bitten.

Es gibt heute keine Aktuelle Stunde und keine Dringlichkeitsanträge.

Gibt es noch Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Eine Wortmeldung zur Tagesordnung von Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man möge es mir verzeihen. Ich weiß nicht, ob ich es übersehen habe, aber ich finde auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Könnten Sie ein anderes Mikrofon nutzen? Wir können Sie nicht verstehen.

**Markus Wiener** (pro Köln): Dann probiere ich es einmal an einem anderen Mikrofon. - Das bringt alles nichts. Aber ich habe ein lautes Organ, glaube ich. - Ich finde auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung nichts zur Neuregelung der Fraktionsfinanzierung. Vielleicht habe ich das ja übersehen. Falls nicht, hätten wir ein Problem. Das geltende Modell ist rechtswidrig, wie die Stadt selber im Hauptausschuss mitgeteilt hat. Wenn wir nichts Neues beschließen, auf welcher Rechtsgrundlage würden dann die laufenden Zahlungen erfolgen? Auf Grundlage eines rechtswidrigen Ratsbeschlusses. Ich denke, das könnte durchaus unangenehme Weiterungen für uns alle zur Folge haben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich nehme das auf. Das wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir mit der heutigen Sitzung beginnen, möchte ich gern die Gelegenheit nutzen - -

(Markus Wiener [pro Köln]: Konnte meine Wortmeldung trotz des Mikrofonausfalls protokolliert werden? Das ist ja für den weiteren Fortgang nicht ganz unwichtig!)

- Ja, das ist protokolliert. Sie werden sie im Protokoll wiederfinden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie herzlich einladen zur Politikwerkstatt Bürgerbeteiligung am 13. Juni. Die schriftliche Einladung wird Ihnen noch zugehen. Ich möchte hier nur ganz kurz daran erinnern, dass Köln als erste deutsche Millionenstadt vom Rat initiiert einen Leitlinienprozess für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestartet hat. Entwickelt werden hierbei Regeln für eine verbindliche und transparente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Abläufe, Rechte und Zuständigkeiten für alle freiwilligen Beteiligungsverfahren.

Das vom Rat eingesetzte Arbeitsgremium Bürgerbeteiligung, dem ja auch einige von Ihnen sowie Vertreter der Verwaltung und der Bürgerschaft angehören, gestaltet den Prozess sehr engagiert. Die Leitlinien werden bereits mit einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bei den Stadtgesprächen, die ich in allen Stadtbezirken durchführe, bereits die Gelegenheit genutzt, ihre Anregungen und Ideen einzubringen.

Diese Politikwerkstatt wird am Dienstag, den 13. Juni 2017 von 16 bis 20 Uhr im Historischen Rathaus stattfinden. Dazu selbstverständlich alle Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretungen herzlich eingeladen. Sie sollen damit die Möglichkeit haben, sehr frühzeitig im Prozess Ihre wichtige Perspektive als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit einfließen zu lassen. - Das wollte ich vorab sagen. Die schriftliche Einladung folgt nächste Woche. Bitte notieren Sie sich diesen Termin. Ich hoffe, wir sehen uns dort.

Ich würde jetzt gern das Wort an Herrn Dr. Keller geben für ein kurzes Statement zum zurückgezogenen Tagesordnungspunkt 6.3.1.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als Verwaltung wollen kurz begründen, warum wir diese Vorlage zurückgezogen haben, obwohl ich persönlich im AVR noch dafür geworben hatte, sie zu beschließen. Danach hat sich die Sachlage anders entwickelt, als angenommen.

Diese Vorlage sah eine Änderungsverordnung zu der ersten Änderungsverordnung vor, die wir gemacht haben. Damit sollte nur ein Termin verschoben werden. Allerdings hat die Verordnung, die aufgrund des Hauptausschussbeschlusses von Anfang April gemacht worden ist, vor Gericht Schiffbruch erlitten. Sie wissen, Verdi hatte geklagt gegen die ursprüngliche ordnungsbehördliche Verordnung, mit der 35 verkaufsoffene Sonntage festgesetzt werden sollten. Wir hatten das per Hauptausschussbeschluss auf sieben reduziert. Verdi hat aber seinen klageweisen Angriff gegen diese Verordnung nicht zurückgenommen, sodass wir uns vor dem Verwaltungsgericht mit Verdi auseinandersetzen mussten.

Das Verwaltungsgericht hat der Klage von Verdi an der Stelle stattgegeben - aus formalen Gründen. Wir haben versucht, im gerichtlichen Verfahren eine vergleichsweise Einigung mit Verdi hinzubekommen. Das ist uns nicht gelungen. Wir haben aber, nachdem das Verwaltungsgericht hat durchblicken lassen, dass es der Klage stattgegeben wird, mit Verdi eine Einigung erzielt. Das ist allerdings erst am letzten Freitag geschehen. Wir haben uns mit Verdi von den sieben Anlässen, die die Verordnung dann noch enthielt, auf fünf verständigt, von denen wir der Auffassung sind, dass der Anlass sie trägt und bei denen Verdi auch keinen gerichtlichen Angriff mehr fahren wird. Da das aber kein gerichtlicher Vergleich mehr sein konnte, sondern außergerichtlich geregelt wurde, müssen wir eine neue Verordnung machen. Das haben wir, nachdem wir uns am letzten Freitag geeinigt haben, direkt auf den Weg gebracht.

Da uns das Verwaltungsgericht aber auch gesagt hat, dass wir nicht einfach die Anhörung, die der ursprünglichen Verordnung zugrunde lag, quasi wiederverwenden können, sondern noch einmal erneut anhören müssen - angehört werden müssen ja die Gewerkschaften, die Kirchen, der Einzelhandelsverband, die IHK etc. -, ist dieses An-

hörungsverfahren heute Morgen noch nicht abgeschlossen gewesen. Sonst hätte ich Ihnen die überarbeitete Verordnung heute schon vorgelegt.

Kurz und gut: Die Vorlage, so wie sie jetzt vorlag, hätte keinen Sinn mehr gemacht. Wir müssen eine neue machen. Da der erste Anlass, auf den wir uns im Konsens mit Verdi verständigt haben, aber schon am 28. Mai sein wird - das ist in Rath/Heumar -, werden wir diese Verordnung nächste Woche, vielleicht sogar noch diese Woche, im Wege der Dringlichkeitsentscheidung vorlegen. Deshalb ist es mir wichtig, Ihnen das heute schon anzukündigen. Normalerweise machen wir solche Verordnungen nicht im Wege der DE. Aber ich glaube, angesichts dieser Vorgeschichte ist das durchaus gerechtfertigt. Der politische Wille, zumindest diese fünf Anlässe tatsächlich durchzusetzen und zu ermöglichen, ist durch die entsprechende Beschlussfassung des Hauptausschusses auch erfolgt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Dr. Keller.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abarbeitung der Tagesordnung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

### **2.1 Schenkung einer Elfenbeinskulptur an das Museum Schnütgen 0845/2017**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann darf ich mich sehr, sehr herzlich für diese Schenkung bedanken.

(Beifall)

Sie wird das Museum Schnütgen bereichern und den Direktor sehr erfreuen, wie ich gehört habe.

### **2.2 Schenkung einer vergleichenden Analyse zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten 1449/2017**

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn van Geffen. - Bitte, Sie haben das Wort.

**Jörg van Geffen (SPD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Sie, Herr Stadtdirektor, bitten, uns zu informieren, wie und wann es im Verfahren konkret weitergeht. Das ist uns weder durch die Vorlage noch durch die Sitzung am Montag klargeworden.

Zur Vorlage selbst. Vor fast genau fünf Monaten, im Dezember 2016, habe ich hier im Rat für die SPD-Fraktion dafür plädiert, die Wirtschaftsförderung zu optimieren und zu stärken. Das ist auch unser Anliegen. Im Gegensatz zur Jamaica-Mehrheit waren wir der Meinung, dass für eine entsprechende Analyse keine externe Begleitung notwendig ist und wir uns eine Menge Zeit und Geld sparen können, wenn wir die Verwaltung mit der Durchführung eines Benchmarks beauftragen.

So ist es gekommen. Die SPD-Fraktion lag mit ihrer Einschätzung genau richtig. Innerhalb von fünf Monaten hat die Verwaltung es tatsächlich geschafft, den Auftrag ohne Leistungsbeschreibung oder einen irgendwie gearteten Wettbewerb zu vergeben. Nach der Auftragsvergabe wird der Auftrag in zwei Teile geteilt. Heute sollen wir die Schenkung der Leistungen absegnen - ich betone: absegnen -, die das beauftragte Wirtschaftsunternehmen aus Liebe zu Köln pro bono erbringt.

Wenn ich mir die Ergebnispräsentation und die Qualität der Empfehlungen an Rat und Verwaltung vom vergangenen Montag ins Gedächtnis rufe, kann ich nur sagen: Diese Leistungen hätte die Verwaltung mit Bordmitteln schneller und vermutlich auch qualitativ gehaltvoller erbringen können. Vor diesem Hintergrund lehnt unsere Fraktion die Annahme der Schenkung, die uns vergangenen Montag präsentiert wurde, ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Dann gebe ich Herrn Dr. Keller das Wort und bedanke mich bei Ihnen, Herr van Geffen, für das Lob an die Verwaltung.

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben das weitere

Vorgehen der Verwaltung in der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses und des AVR am Montag ziemlich transparent dargestellt. Wir sind in den letzten Zügen der Vorbereitung der Ausschreibung der zweiten Leistungsphase. Sie haben gerade richtig darauf hingewiesen, dass wir in zwei Stufen vorgegangen sind. Auf Basis dessen, was der Rat vielleicht gleich annimmt, werden wir die zweite Stufe beauftragen und dann hoffentlich zügig zu endgültigen Ergebnissen bzw. zu endgültigen Vorschlägen der Verwaltung an die Gremien des Rates kommen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der SPD, der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten ist die Schenkung angenommen. - Ich bedanke mich bei Boston Consulting dafür, dass sie wieder einmal für die Stadt pro bono eine Gutachtenleistung erbracht hat. Das ist ja auch nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT betreffend „Aufhebung der Ausreisesperre für Dr. Sharo Ibrahim Garip - Solidarität mit den Demokraten in der Türkei“**  
**AN/0748/2017**

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu diesem Antrag noch kurz etwas sagen. Die Resolution des Rates der Stadt Köln ist ein wichtiges Signal und ein Zeichen der Solidarität an die demokratischen Kräfte in der Türkei. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, den Beschlusstext in Ziffer 2 um das Wort „friedlich“ redaktionell zu ergänzen. Die Anpassung der protokollarischen Bezeichnung „Oberbürgermeister von Istanbul“ in Ziffer 3 wäre sicherlich auch sinnvoll.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte sehr, Herr Pöttgen.

**Andreas Pöttgen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aktuell werden 19 deutsche Staatsbürger in der Türkei an der Ausreise gehindert, da-

runter auch der Kölner Soziologe und Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip. Anfang 2016 hat er den Aufruf „AkademikerInnen für den Frieden“ unterschrieben, was wir als einen Akt der freien Meinungsäußerung einstufen. Seitdem hat er ein Ausreiseverbot aus der Türkei. Der Vorwurf ist: Er hat einen Appell unterzeichnet. Deswegen wird er daran gehindert, wieder zurückzukommen.

Das ist gegen die Gepflogenheiten der diplomatischen Beziehungen, weshalb wir heute erfreulicherweise gemeinsam eine Resolution einbringen und als kommunale Basis ein Zeichen an unsere Partnerstadt Istanbul senden. Auch in Krisenzeiten sollte niemals der Gesprächsfaden abreißen, egal wie schwierig die Lage auch ist. Die deutsche Diplomatie bemüht sich über öffentliche und informelle Kanäle seit anderthalb Jahren nicht nur um die Ausreise von Dr. Sharo Garip, sondern um alle deutschen Staatsbürger, die in der Türkei festgehalten werden.

Die Idee der Städtepartnerschaft basiert auf der Völkerverständigung. Das heißt: Wir als Rat der Stadt Köln haben auch eine Verantwortung, uns in das internationale Geschehen einzubringen, wenn es geboten ist. Wir alle gemeinsam sind der Auffassung, dass das der Zeitpunkt ist, wo man sagen muss: Liebe Türkei, liebe Istanbul Behörden, setzt euch dafür ein, dass Menschlichkeit und Humanität Vorrang haben und friedliche Bemühungen für die Völkerverständigung unterstützt werden, um weitere Eskalationen zu verhindern!

Wir bedanken uns bei allen, die die Gesprächskanäle offenhalten. Einige sitzen heute auf der Tribüne, andere sind in Städtepartnerschaften oder in der Zivilgesellschaft engagiert.

Wir als Stadtrat haben heute die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen und das friedliche Miteinander in der Welt zu unterstützen. Daher schließen wir uns heute der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und deren Erklärung zur Situation in der Türkei an und erklären unsere Solidarität mit allen ihres Amtes enthobenen und verhafteten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in der Türkei. Wir fordern die Istanbul und die türkischen Behörden auf, die Ausreisesperre für Dr. Sharo Garip und alle weiteren Deutschen aufzuheben und eine Heimkehr zu ermöglichen. Außerdem bekunden wir unsere Solidarität mit allen Aktivisten für den Frieden und für das Gemeinsame der Menschheit. Frau Reker, überbringen Sie bitte dem Oberbürgermeister von Istanbul unsere Resolution!

Ich bedanke mich bei allen, die auf diese Resolution hingewirkt und sich dafür ausgesprochen haben, sei es in dieser Runde oder außerhalb. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Bürgermeister Wolter das Wort.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist die Partnerschaft mit der Stadt Istanbul allein schon aufgrund der vielen türkischstämmigen Kölnerinnen und Kölner von besonderer Bedeutung. Der Austausch wird von beiden Seiten intensiv gepflegt.

Dr. Sharo Garip, ein Kölner, darf derzeit nicht aus der Türkei ausreisen, weil er einen Appell unterzeichnet hat, der fordert, die Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und den Kurden wieder aufzunehmen. Das fällt unter die Rubrik „freie Meinungsäußerung“. Dafür ein Ausreiseverbot auszusprechen, ist für uns völlig unverhältnismäßig und widerspricht den demokratischen Gepflogenheiten zwischen den europäischen Staaten, zu denen auch die Türkei gehört. Das dürfen wir nicht unkommentiert hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Ich habe letzte Woche mit Sharo Garip ein längeres WhatsApp-Telefonat geführt, das übrigens abgehört wurde. Er hat mir gesagt, dass ihm diese Resolution wie auch die vielen anderen Solidaritätsaktionen viel Kraft geben. Vielleicht schaut er jetzt gerade über den Livestream des Rates zu; er hatte es zumindest vor. Er bedankt sich beim Rat der Stadt Köln und allen, die ihn unterstützen, und er ist froh über eine solche demokratische Gesellschaft, die Solidarität zeigt.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Hamide Akbayir und Berivan Aymaz, die sich sehr stark für diese Resolution eingesetzt haben, stellvertretend für all die Ratskollegen, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen.

(Beifall)

Sharo Garip hat mir erzählt, er hält sich bewusst von anderen Menschen fern, damit sie keinen Ärger mit den türkischen Behörden bekommen. Er ist im Moment zum Nichtstun verdammt. Er sagte mir: Ich möchte mich gegen die Vorwürfe wehren, ich möchte mich verteidigen können. Aber angesichts der Verhaftungswellen, die uns allen ja bekannt sind, sind die Anwälte völlig überlastet und die Wartelisten auf den Gerichten sehr lang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Land, in dem die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt ist, Gerichte nicht mehr unabhängig sind und gewählte Abgeordnete und Bürgermeister ihre Mandate nicht mehr ausüben können, ist kein demokratischer Rechtsstaat mehr. Er entfernt sich zusehends von den europäischen Werten und damit auch von der Europäischen Union.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Das ist sehr besorgniserregend, und das tut mir besonders für die Menschen in der Türkei leid, die viel europäischer und demokratischer sind als ihre derzeitige Regierung.

Die Mehrheit der Bürger von Istanbul hat Nein gesagt zur Verfassungsänderung. Das macht Mut. In Istanbul gingen noch letztes Jahr Tausende Menschen auf die Straße, um für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgendern zu demonstrieren. Auch das macht Mut. Wissenschaftler, Studenten, Praktikanten kommen aus Istanbul nach Köln und vermitteln ein anderes, ein modernes Bild ihrer Stadt. Auch das macht Mut.

Und: Mit dieser Resolution befinden wir uns ganz auf der Beschlusslage des Rates zur internationalen Arbeit der Stadt Köln. Neben dem Kontakt und dem offiziellen Austausch mit der Stadt Istanbul unterstützen wir auch Menschen in Istanbul, die sich friedlich für Demokratie, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft einsetzen, so wie es der Kölner Sharo Garip tut. Deshalb ist es mir wichtig, Kontakte auf beiden Kanälen aufrechtzuhalten: mit der Stadtregierung, aber auch mit denen, die sich für Bürgerrechte engagieren.

Übrigens würde sich Sharo Garip auch über Besuch freuen, wenn demnächst wieder eine Delegation in Istanbul weilt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Er ist ein Aufrechter und kann, denke ich, moralische Unterstützung sehr gut brauchen.

Wir fordern auch die Freilassung der in der Türkei verhafteten und meist unter wirklich abstrusen und abenteuerlichen Vorwürfen angeklagten Kommunalpolitiker und Bürgermeister, allen voran Gültan Kisanak aus Diyarbakir, stellvertretend für die vielen anderen. Sie war noch vor einem Jahr in Köln und hat etliche von uns hier vor Ort getroffen, sei es hier im Rathaus oder bei der Armenischen Gemeinde; Herr Petelkau zum Beispiel hat sie dort getroffen. Sie ist eine weltoffene Oberbürgermeisterin und Demokratin, der Europa am Herzen liegt. Sie hat sich deshalb auch in den europäischen Gremien stark engagiert. Engagierte Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen und die jetzt durch Willkür kaltgestellt werden wie Sharo Garip, wie Gültan Kisanak gebührt Solidarität und Unterstützung durch den Rat der Stadt Köln.

Meine Damen und Herren, es schmerzt, zu sehen, wie in der Türkei langsam die Lichter der Demokratie ausgehen. Deshalb ist es gut, dass sich der Rat dazu klar positioniert und gleichzeitig die Tür nicht endgültig zuschlägt. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Akbayir, bitte.

**Hamide Akbayir (DIE LINKE):** Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Zuschauertribüne! Wir haben heute einen Ratsantrag in Form einer Resolution vorliegen, der von allen demokratischen Ratsfraktionen und Ratsgruppen unterstützt wird. Dafür möchte ich ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Wir fordern in unserer Resolution die Aufhebung der Ausreiseperrre für unseren Kölner Politikwissenschaftler Dr. Sharo Garip, der seit über einem Jahr unsere Partnerstadt Istanbul nicht verlassen darf. Der einzige Grund dafür ist die Unterzeichnung der Petition „AkademikerInnen für den Frieden“, die 2016 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

Aber Meinungsäußerungen, auch einseitige, sind in einer Demokratie nun einmal nicht verboten, zumal in dem Appell nirgends Gewalt verherrlicht oder auch nur gerechtfertigt wird.

So urteilt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 15. April in einem Artikel über Dr. Sharo Garip.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Vorredner haben schon viel zur Resolution, aber auch zu Sharo und den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gesagt. Ich werde etwas Persönliches zu Sharo Garip sagen.

Ich kenne Dr. Sharo Garip seit über 20 Jahren persönlich. Ich habe ihn als überzeugten Friedensaktivisten kennengelernt. Er war dankbar dafür, in Deutschland in Frieden und Freiheit leben zu können, in einem demokratischen System, das die Menschenrechte achtet. Durch seine Herkunft aus den kurdischen Gebieten in der Türkei und seine familiären Bindungen dorthin war ihm immer klar, dass Demokratie, Frieden und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeiten sind und viele Menschen auf der ganzen Welt sich nur danach sehnen können.

Er hätte dieses freie Leben in Deutschland genießen, an seiner akademischen Karriere arbeiten, seine wissenschaftliche Neugier stillen können. Aber er sieht sich in der Verantwortung, sich für Frieden und Menschenrechte auch anderswo einzusetzen. Er tut das nie ausgrenzend, sondern immer konstruktiv, integrativ und gewaltfrei. Er setzt auf Dialog und Zuhören.

Sharo ist ein humorvoller Mensch, aber auch sehr sensibel, wie ich feststellen konnte, als wir uns über die Menschenrechtsverletzungen und den Krieg in den kurdischen Gebieten unterhielten. Als der Friedensprozess zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Opposition begann, setzte auch Sharo große Hoffnungen in die Veränderungen in der Türkei. Deshalb nahm er einen Lehrauftrag der Universität in der kurdischen Stadt Van an, den er angeboten bekam. In Van erfuhr er mehr über die Realität und die Gehehnisse in der Türkei. Er wollte nicht wegsehen. Ich darf ihn zitieren:

Wenn in einer Gesellschaft Krieg herrscht, man kann nicht zuschauen. Ich will auch nicht zuschauen. Ich will wenigstens sagen, dass andere Lösungen möglich sind.

Deshalb unterschrieb Dr. Sharo Garip den Appell „AkademikerInnen für den Frieden“.

Eine Petition zu unterschreiben ist für alle, die in Deutschland leben, eine alltägliche Sache. Aber Sharo Garip wird in der Türkei dafür unverhältnismäßig hart bestraft. Er sitzt zwar noch nicht im Gefängnis; aber ihm wurde die Möglichkeit

genommen, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Universität in Van hat ihn suspendiert, keine andere stellt ihn ein. Er gibt zurzeit Privatstunden und kann sich so gerade noch über Wasser halten. Er lebt bei Freunden, die noch zu ihm halten, obwohl die Freundschaft zu ihm auch ihnen schaden könnte. Sharos Leben hat angehalten, und keiner weiß, wann es weitergehen darf. Und wenn sein Prozess irgendwann beginnt, ist es ziemlich zweifelhaft, dass er fair sein wird.

Sich in die Gesellschaft einmischen, zu Frieden und Gewaltfreiheit aufrufen, Zivilcourage zeigen, das sind Eigenschaften, die wir in Köln sehr schätzen. Ich erinnere an die großen Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus und Ausgrenzung und für ein friedliches Miteinander: Arsch Huh, Birlikte und die Demonstrationen gegen rechte Hetze, an denen mehrere Zehntausend Kölnerinnen und Kölner teilgenommen haben. Noch viel mehr Menschen sympathisieren mit den Zielen dieser Aktionen. Deswegen sollte es auch für uns Ratsmitglieder eine Aufgabe sein, Dr. Garip und all die anderen Wissenschaftler zu unterstützen, indem wir appellieren, sie ausreisen zu lassen, und ihnen unsere Solidarität zeigen.

Wie auch Andreas Wolter habe ich letzte Woche mit Sharo telefoniert. Er hat sich sehr gefreut, zu hören, dass der Rat der Stadt Köln sich für ihn einsetzt. Auch wenn er in einem offenen Gefängnis sitzt, so sagte er, gibt ihm die Solidarität von außen sehr viel Mut, weiterzumachen und weiter zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit des Wortes und das Recht, im Krieg den Frieden zu fordern, verteidigen! Lassen Sie uns heute ein machtvolleres Zeichen der Solidarität mit allen Friedensaktivisten in der Türkei setzen und ihnen sagen: Ihr seid nicht allein! - Danke schön.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen einschließlich der mündlich erläuterten redaktionellen Änderungen und bitte diejenigen, die dieser Resolution zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

### 3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Manifest des Veedelsplatzes - Leitlinien für die Gestaltung und Nutzung von Veedelsplätzen entwickeln!“ AN/0746/2017

Herr Frenzel hat das Wort.

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Rednern des vorangegangenen Tagesordnungspunktes danken für ihre wirklich wohltuenden Worte hier, die noch einmal zeigen, dass wir als Demokraten zusammenstehen. Herr Pöttgen, Herr Bürgermeister Wolter, Frau Akbayir, vielen Dank dafür!

Mit dem jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt verlassen wir die Flughöhe der internationalen Politik. Die Tagesordnung des Rates wird ja nicht nach dramaturgischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sondern nach dem Eingangsdatum des Antrags, und so begeben wir uns jetzt über die glanzvollen Orte, die wir hier im Zentrum von Köln haben wie den Roncalliplatz, den Kurt-Hackenberg-Platz, den wir demnächst neu gestalten werden, die Domumgebung, die Via Culturalis und andere Orte, mit unserem Antrag von der SPD in die Kölschen Veedel und in die Stadtteile.

Jedes lebendige Veedel braucht ein Herz, das in seiner Mitte schlägt. Leider müssen wir feststellen, dass viele Plätze in den Veedeln vernachlässigt und trostlos wirken, dass sie teilweise zu betonierten Parkplätzen umgewidmet wurden oder dass sie durch einige wenige alibihafte Grüninseln in Betonkübeln zugestellt sind, um so ein paar Lücken von Autos freizuhalten. Unserer Meinung nach kommt diese Gestaltung der Bedeutung von Plätzen als Begegnungsorte von Menschen den Veedeln nicht entgegen.

Zur besseren Gestaltung und Nutzung der Plätze schlagen wir vor, heute ein Manifest des Veedelsplatzes mit den im Beschlusstext genannten Grundsätzen zu verabschieden, welches seine Wirkung bis in die Vororte entfalten soll. Dabei sollen die Plätze je nach Nutzung durchaus unterschiedlich gestaltet sein, mal als städtischer Platz, mal als Anger, als Wiese oder als Baumhain. Die Menschen in den Veedeln sollen sich dort aufhalten und begegnen können.

Wir wollen damit den Anstoß geben, das von der SPD initiierte Programm zur Attraktivierung der Veedelsplätze auch in 2018 fortzuführen. Das Programm wurde in 2014 begonnen mit 800.000

Euro Zuschuss pro Bezirk. In 2014 kamen Chorweiler, Mülheim und Porz in den Genuss dieser Mittel, in 2015 Rodenkirchen, Nippes und Kalk. Leider wurden 2016 und 2017 ein entsprechender Antrag und der Verwendungsnachweis von Schwarz-Grün-Gelb abgelehnt.

Wir möchten anregen, dass die Verwaltung unsere Beschlüsse, die wir in 2014 und 2015 gefasst haben, nun auch zügig umsetzt. In Chorweiler sollen die Platzaufwertungen auf dem Pariser Platz, dem Liverpooleer Platz und der Lyoner Passage ergänzend zu städtischen Mitteln auch mit Mitteln des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ durchgeführt werden; das steht heute noch auf der Tagesordnung. Aber auch in den anderen Stadtbezirken sollen sie weiter fortgeführt werden: im Stadtbezirk Porz zum Beispiel der Marktplatz in Ensen und der Bollen Platz in Langel, im Stadtbezirk Kalk-Neubrücke der Platz an St. Adelheid und im Stadtbezirk Mülheim der Dellbrücker Marktplatz. Wir bitten die Verwaltung auch, uns bei Gelegenheit einen Zwischenstand zu den Stadtbezirken Rodenkirchen und Nippes mitzuteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserem Manifest wollen wir erreichen, dass die Plätze in den Veedeln besser gestaltet werden. Mit den qualitativen Grundsätzen, die wir in unserem Antrag genannt haben, wird das gelingen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns auf diesem Weg unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, mit den Veedelsplätzen ist das so eine Sache. Beim Lesen des Antrags hatte ich das Bild vor Augen, wie die Genossinnen und Genossen sich abends in ihrer Villa Kunterbunt oder vielleicht auch auf irgendeinem Veedelsplatz getroffen und eine Brainstorming-Party gemacht haben, auf der jeder, wirklich jeder, der daran beteiligt war, irgend etwas einbringen konnte: Bänke wären gut, Jungs. - Spielplätze, Grün, Bäume, Trinkwasserbrunnen, öffentliche Toiletten ja, aber nur wenn nötig. - Der Oberkracher war: Wir brauchen Aufenthaltsqualität, liebe Genossinnen und Genossen. - Außengastronomie stand auf dem Wunschzettel. - Geschäfte für den täglichen Bedarf, aber auch kulturelle und soziale Institutio-

nen dürfen nicht fehlen. - Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftsfeste wären doch nett. - Beeindruckend auch, was unter Punkt 7 festgehalten ist: Wir brauchen Beleuchtung auf unseren Veedelsplätzen,

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber nicht etwa irgendeine: Die Beleuchtung auf unseren Veedelsplätzen muss auch wohltuend und blendfrei sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Veedelsplätze müssen auch erreichbar sein: über Flaniermeilen und über Velorouten. - Ja, aber Moment: Was ist denn mit Bus und Bahn? Der Platz muss natürlich auch vom öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Also: Ich bin schon etwas sprachlos. Dieses Manifest füllt drei Seiten Papier und lässt bezaubernde Bilder entstehen, aber es ist nichts als Augenwischerei, ein Ausmalen von lustigen Bildern. In Punkt II führen Sie auf: Es sollen Leitlinien entwickelt werden, und der Bürger ist zu beteiligen, obwohl Sie dem Bürger in den vielen Unterpunkten zu Punkt I gerade alles vorge-schrieben haben.

Das, was Sie hier machen, ist Zentralismus pur. Sie negieren komplett die Vielfalt der Veedel und das, was sich dort gerade entwickelt. Wir ändern demnächst eine Zuständigkeitsverordnung. Wir beteiligen die Bezirke. Wir wollen die Bezirke einbinden und das bürgerschaftliche Engagement stärken. Sie aber schreiben den Leuten vor, wann sie ihre Cola trinken dürfen und welche Form das Glas haben sollte. So mutet Ihr Antrag hier an.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

So etwas kann man nicht mittragen. Daher werden wir den Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Jahn, bitte.



**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Niklas Kienitz, eigentlich ist dem nicht mehr viel hinzuzufügen. Wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, der vermeintlich viel Herz enthält, aber wenig Verstand hat.

(Heiterkeit beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

Er liest sich wie eine besserwisserische Belehrung, wie man mit zentralen Plätzen in den Stadtteilen umgehen sollte. Das hatten wir in dieser Qualität selten in diesem Rat. Wer möchte sich denn nicht um die öffentlichen Räume und Plätze in dieser Stadt kümmern? Natürlich hat jeder ein Interesse daran, dass sie schöner und attraktiver werden und mehr Lebensqualität bieten. Deshalb haben wir - übrigens gemeinsam, lieber Michael, und nicht nur auf Initiative der SPD - im Jahre 2013 und 2014 in die Attraktivierung der Plätze in den Bezirken Porz, Mülheim und Chorweiler 2,4 Millionen Euro gesteckt. In 2015 haben wir wiederum 2,4 Millionen Euro für die Attraktivierung der Plätze in Kalk, Rodenkirchen und Nippes zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden jedes Jahr 600.000 Euro für kleinere Umbaumaßnahmen in den Haushalt eingestellt, um genau diese Stadtteilplätze attraktivieren zu können.

Mein Wunsch wäre - und das werden wir auch tun -, dass wir auch in Zukunft die Stadtteile und ihre Plätze nicht vernachlässigen und dafür weiterhin Geld zur Verfügung stellen. Ich halte es allerdings für wichtig, dass die Mittel bedarfsorientiert fließen und nicht nach Windrichtungen. Das Windrichtungsprinzip bringt uns an der Stelle nichts. Wir müssen schauen, wo es Bedarf gibt. Deswegen werden wir Chorweiler auch mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen. Der Liverpooler Platz und die Lyoner Passage werden ertüchtigt, und das ist auch richtig an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Nun zu dem bedeutungsschwangeren Wort „Manifest“. Ich habe es einmal gegoogelt. Ein Manifest ist eine öffentliche Erklärung von Zielen und Absichten. Das heißt: Ein Manifest für die Veedelsplätze wäre geradezu eine Verzweigung. Da gerate ich geistig in Wallung.

(Heiterkeit und Beifall beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD möchte zentrale Orte und Begegnungsräume für die Kölner Bevölkerung wiederentdecken. - Das ist ja nett. Wer will das nicht?

(Martin Börschel [SPD]: Na also!)

Ich will aber, dass die Bevölkerung selbst ihre Plätze wiederentdeckt. Die Haltung kann doch nicht sein: Die SPD belehrt die Bevölkerung, ihr müsst eure Plätze wiederentdecken. Vielmehr werden die Plätze von der Bevölkerung selbst wiederentdeckt. Wir dürfen der Bevölkerung nicht absprechen, dass sie diese Kompetenz hat. Belehrungen, wie dieser Platz gestaltet sein muss, ein Gestaltungshandbuch der Kreativität, wie Niklas Kienitz deutlich gemacht hat, sind hier absolut fehl am Platz.

Wir sind seit langem dabei, ein Gestaltungshandbuch für die Stadt zu entwickeln, aber nicht in dieser Kleinteiligkeit, dieser Beliebigkeit, wo der pädagogische Zeigefinger erhoben und gesagt wird: Ein Platz braucht eine Funktion. - Natürlich braucht ein Platz eine Funktion. Ein Begegnungsort erfüllt schon eine Funktion. Wenn wir Qualität schaffen, damit die Menschen gerne auf die Plätze gehen und sie wiederentdecken, dann sind wir schon einen deutlichen Schritt weiter. Ob das mit blendfreier oder ohne blendfreie Beleuchtung gelingt, sei einmal dahingestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

Der Antrag enthält ein Sammelsurium an Gestaltungsvorschlägen, die Selbstverständlichkeiten wiedergeben. Das Ganze ist garniert mit netten Wohlfühlbegriffen und Stimmungsbildern. Das Ganze ist getarnt als Grundsatzbeschluss, als Leitlinie für die Platzgestaltung und -benutzung. Das Ganze soll Strahlkraft haben von Roggen-dorf/Thenhoven bis Libur. Es fehlt nur noch, dass die Vororte, wie Sie sie bezeichnen, wachgeküsst werden müssten.

(Heiterkeit und Beifall beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht zu vergessen, dass das Ganze nicht so gestaltet sein darf, dass sich Architekten dort austoben dürfen. Ich wäre heilfroh, wenn sich gute Architekten und Freiraumplaner in dieser Stadt mehr ausgetobt hätten. Dann hätten wir nämlich eine bessere Platzqualität, als wir sie jetzt haben.

(Beifall bei Marion Heuser [Bündnis 90/  
Die Grünen] und Ulrich Breite [FDP])

Schauen Sie sich einmal an, wo sich Architekten richtig ausgetobt haben, nämlich in Kopenhagen. Da gibt es so tolle Plätze. Die sind belebt. Die sind anders. Die sind lebendig. Die sind vielfältig. Die sind ein Kracher. Ich habe mir dort letztes Jahr die Ausstellung „Let's play“ angeschaut, in der dokumentiert war, wie spielerisch der öffentliche Raum einmal komplett umgekrempelt worden ist. Da wurde mit Farbe gearbeitet, das hat richtig Spaß gemacht.

Ich versuche, ein versöhnliches Ende zu diesem Antrag, diesem Manifest, zu finden. Ich habe es gelesen und mich in meine Kindheit versetzt gefühlt. In der Geschichte „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ gibt es den Scheinriesen. Der Scheinriese wirkt von weitem sehr, sehr groß und mächtig, man hat Angst vor ihm. Aber je näher man ihm kommt, umso kleiner wird er. Er wird zu einem ganz normalen Männlein mit dem Namen Herr Tur. - Dieser Antrag ist genau das: Er kommt groß daher, aber wenn man genauer hinschaut, stellt man fest: Da ist nur leere Luft drin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der Auffassung, dass der Antrag, den die SPD hier vorgelegt hat, in erster Linie ein Bezirksvertretungsantrag ist;

(Lachen bei der CDU und der FDP)

denn die Bezirksvertretungen haben die Kenntnis. Es wurde hier schon angesprochen, dass wir die Bezirksvertretungen stärken wollen. Von daher sind wir der Meinung: Das muss in den Bezirksvertretungen diskutiert werden. Wir begrüßen den Vorschlag der SPD, dafür die Mittel für die Bezirke zu erhöhen. Dieser Auffassung sind wir auch. Aber über die Ausgestaltung sollten wir nicht hier entscheiden, sondern die Entscheidung den Bezirksvertretungen überlassen.

Weiterhin müssen wir feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir momentan schon viele Projekte in dieser Richtung in der Spur haben. Heute zum Beispiel steht das Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ auf der Tagesordnung. Hier wollen wir in Kombination von baulichen und gemeinwe-

senorientierten Maßnahmen insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen die Infrastruktur und die Aufenthaltsqualität, die Qualität der Begegnung, voranbringen. Ich glaube, da müssen wir die Prioritäten setzen.

Weiterhin stehen heute auf der Tagesordnung die Planungen, wie es in Chorweiler mit dem Liverpooleer Platz, der Lyoner Passage und dem Pariser Platz weitergehen soll. Dafür war ein großer Aufwand mit einer sehr ausgeprägten Bürgerbeteiligung erforderlich, was berechtigt, richtig und gut war. Wir sind in den Planungen schon relativ weit. Jetzt muss noch die Umsetzung gut funktionieren.

Ich glaube, so müssen wir vorgehen. Wir müssen uns genau anschauen, in welchem Stadtteil wir welche Prioritäten setzen müssen. Kriterien dafür sind: Es müssen die benachteiligten Stadtteile sein. Es müssen die Stadtteile sein, die auch von der Infrastruktur benachteiligt sind. Es müssen die Stadtteile sein, die gegebenenfalls in einer Epoche entstanden sind, wo die Architektur etwas gemacht hat, was sie heute nicht mehr machen würde. Ich glaube, nach diesen Kriterien müssen wir vorgehen.

So leid es mir tut, auch wenn Ihr Antrag sicherlich gut gemeint ist: Wir können in dem Antrag keine Prioritäten erkennen, wie es in der Richtung weitergehen soll. Die heutigen Vorlagen zu „Starkes Veedel - Starkes Köln“ und zu „Nationale Projekte des Städtebaus: ‚Lebenswertes Chorweiler - ein Zentrum im Wandel!‘“ sind eindeutiger in ihrer Priorisierung. Deswegen folgen wir ihnen und leider nicht dem Antrag der SPD-Fraktion. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck hat das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn man schon länger hier im Rat ist, kommt man sich manchmal vor wie ein Opa, der aus der guten alten Zeit erzählt. Will man in den alten Vorlagen nachschauen, kann es passieren, dass der Referent sagt: Das System geht nur bis 2007 zurück, weiter nicht. Ich aber weiß, dass es dazu schon einmal eine Vorlage gab, auch wenn die inzwischen schon 15 Jahre alt ist.

Und tatsächlich: Es ist schon 15 Jahre her, dass wir das Konzept „Auf die Plätze - Konzept zur gestalterischen Verbesserung der Kölner Plätze“ im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen haben. Ich kann Ihnen, Frau Oberbürgermeister, und auch Ihnen, Herr Höing, das gleich übergeben.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Das Konzept haben wir 2002 beschlossen, einstimmig, wie hier im Protokoll vermerkt ist. Daran sehen Sie einmal wieder, meine Damen und Herren: Wir haben kein Beschlussdefizit, wir haben ein Vollzugsdefizit in dieser Stadt. Damals ging es insbesondere um die Innenstadtplätze. In der Vorlage dazu heißt es: Wir haben 276 Plätze in Köln, davon 108 in der Innenstadt. - Wir haben diesen Beschluss dann in die Bezirke gegeben, damit sie die Prioritäten festlegen, weil ja nicht alle 276 Plätze gleichzeitig gestaltet werden können. Wir sollten einmal prüfen, wie viele der 276 Plätze in den letzten 15 Jahren tatsächlich neu gestaltet wurden. Der eine oder andere wurde gemacht; vielleicht waren es ein halbes Dutzend, vielleicht ein Dutzend, wenn man intensiver überlegt. Viel mehr ist leider nicht passiert. Von dem, was die Bezirke priorisiert hatten, ist wahrscheinlich nur das Allerwenigste umgesetzt worden.

2014 gab es dann den Antrag von Rot-Grün, von dem Herr Frenzel meinte, das sei eine Initiative der SPD. Dem ging allerdings eine Initiative der Stadtverwaltung unter dem damaligen Oberbürgermeister Schramma voraus. Im Antrag von 2014 heißt es, dass man sich zentrale Plätze in den Bezirken anschauen soll.

Jetzt wird das Fass noch etwas größer aufgemacht. Im Grunde sollen alle Veedelsplätze mit einbezogen werden. Nun kann man einmal überlegen, wie viele Veedel wir in Köln haben. Wir haben 86 offizielle Stadtteile. In der Innenstadt - das wissen wir - sind die Veedel und die Stadtteile nicht unbedingt deckungsgleich. Aber um die 100 Veedel werden wir sicherlich haben. Dementsprechend groß muss das Fass aufgemacht werden.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir kommen nicht weiter, wenn wir immer wieder neue Beschlüsse hinterherschicken. Vielleicht sollten wir uns in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses einmal anhören, wie weit wir bei den 276 Plätzen sind, die wir 2002 beauftragt hatten, bei wie vielen Plätzen was realisiert worden ist und ob tatsächlich die Prioritäten berücksichtigt worden

sind, die die Bezirksvertretungen damals an uns zurückgemeldet haben. Möglicherweise ist ja mehr passiert, als man selbst gefühlt feststellen würde.

Dieser breiten Beschlusslage von 2002 mit dem rot-grünen Schlenker von 2014 jetzt den nächsten, noch größeren Antrag hinterherzuschieben, macht keinen Sinn. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei  
Bernd Petelkau [CDU])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frenzel hat noch einmal das Wort.

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mich den beiden sachlichen Beiträgen von Herrn Sterck und von Herrn Weisenstein widme, möchte ich noch etwas zu den polemischen Ausfällen der beiden anderen Kollegen etwas sagen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie tun so, als wäre alles gut, Herr Kienitz und Frau Jahn. Frau Jahn, vielen Dank für die wieder einmal wunderbaren grünen Belehrungen an die Sozialdemokratie. Ich muss feststellen: Sie haben sich hier richtig in Rage geredet.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja!)

Das war wirklich erstaunlich. Ich habe vorher noch gedacht: Was haben wir für eine schöne Diskussionskultur?, und dann kommen Sie. Ich meine, Sie haben sich selbst verzweigt mit diesem Beitrag. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie einmal nachgezählt, wäre Ihnen aufgefallen: Es wurden bisher sechs Kölner Stadtbezirke im Rahmen des Programms, das wir gemeinsam beschlossen haben und das auf eine Initiative der SPD zurückgeht, in 2014 und 2015 mit Mitteln bedacht. Das heißt: Es fehlen noch drei.

Ich glaube auch, Sie haben das Konzept, das wir damals vorgesehen haben und das wir auch heute vorsehen, überhaupt nicht verstanden. Unsere Idee war, dass wir als Rat den Bezirken die finanziellen Mittel an die Hand geben und die Bezirksvertretungen selbst entscheiden lassen,

welche Veedelsplätze sie neu gestalten wollen. Da gibt es ganz unterschiedliche Ergebnisse. Der Stadtbezirk Porz zum Beispiel hat sich drei Plätze ausgesucht, eher kleinere Plätze, wo man mit 800.000 Euro eine ganze Menge machen kann. Der Stadtbezirk Mülheim hat sich dafür entschieden, den Dellbrücker Marktplatz umzugestalten. Für einen weiteren Platz, nämlich den Wupperplatz in Höhenhaus, hat es dann nicht mehr gereicht. Deswegen wollen wir, dass dieses Programm in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

Ich weiß nicht, warum man das hier so polemisch niedermachen muss. Wir haben die Idee, dass die Menschen in den Veedeln die Mittel an die Hand bekommen, damit sie ihre Veedelsplätze verschönern und sich dort wohlfühlen können.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber Sie schreiben es den Leuten vor!)

- Lieber Herr Kienitz, man muss es überhaupt nicht ins Lächerliche ziehen, dass sich Menschen zusammensetzen und Ideen entwickeln, wie man solche Plätze gestalten kann. Ich verstehe Sie nicht.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben das aufgeschrieben, und Sie nehmen das den Leuten vor Ort weg!)

Wenn Sie sich selber zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass Ihre Polemik unseren Antrag begründet hat.

Ich will noch einen anderen Punkt aufgreifen, über den Sie und auch Frau Jahn sich lustig gemacht haben. Wenn Sie sich einmal informiert hätten, wüssten Sie, dass blendfreie Beleuchtung eine der ganz zentralen Forderungen der Behindertenverbände und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist. Eine blendfreie Beleuchtung ist wichtig, damit sich eben auch behinderte oder seheingeschränkte Personen auf dem Platz vernünftig bewegen und dort wohlfühlen können. Das sollten Sie nicht so in den Stiefel stellen.

Lieber Kollege Weisenstein, zu Ihrer Ausführung, es handle sich eher um ein Bezirksthema. Das ist in der Tat richtig. Das soll ja auch in den Bezirken diskutiert und dort beschlossen werden. Aber wir als Rat müssen doch die finanziellen Mittel dafür bereitstellen. Deshalb würde ich Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie der Intention der SPD nicht doch folgen möchten, dass auch die drei Stadtbezirke, die bisher nicht bedacht wurden, nämlich Lindenthal,

Innenstadt und Ehrenfeld, in den Genuss dieser guten Initiative von 2014/2015 kommen sollen. Ich glaube, es gibt auch dort viele Wähler der Linken, die darauf warten, dass wir etwas für sie tun und sie unterstützen. Wie gesagt: Mit 800.000 Euro kann ein Bezirk schon eine ganze Menge anfangen, wenn man weiß, wie groß die bezirksorientierten Mittel sind.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zu Herrn Sterck sagen. Herr Sterck, wir sind uns ja in vielen Punkten einig. Wir können das auch gern noch im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren. Ich hatte ja eben angeregt, dass uns Herr Höing in der nächsten Sitzung einen Zwischenstand über die Umsetzung der Beschlüsse von 2014/2015 gibt. Nach unserer Liste sind da nämlich einige noch nicht abgearbeitet. Insofern wäre es gut, da noch einmal nachzuhaken. Natürlich ist es so, lieber Herr Kollege Sterck, dass es immer noch Ideen gibt, die vom Rat ausgehen. Aber unser Antrag zielt ja gerade darauf ab, die Bezirke in die Lage zu versetzen, mit Mitteln, die wir ihnen zur Verfügung stellen, ihre Plätze zu verschönern.

Sollten Sie ein Riesenproblem damit haben, das heute zu beschließen, möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag machen: Überlegen Sie einmal, das in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Dort können wir das gegebenenfalls noch einmal diskutieren. Vielleicht kommen Sie dann zu einem anderen Ergebnis und machen das nicht wieder platt wie bei der letzten Haushaltsplanberatung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Darf ich das als Antrag zur Geschäftsordnung verstehen, das in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen?

(Martin Börschel [SPD]: Das war eine Anregung! Die Mehrheit muss entscheiden, wie sie damit umgehen will!)

- Okay. - Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag verwiesen und in den Haushaltsplanberatungen von der Verwaltung noch einmal aufgenommen werden soll. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE, die AfD und die Piraten enthalten sich. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Enthaltungen von den LINKEN, der Ratsgruppe GUT und den Piraten. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

**3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Konsequente Umsetzung des neuen  
Glücksspielrechts - Illegale Wettbüros  
endlich schließen“  
AN/0747/2017**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE  
LINKE  
AN/0796/2017**

Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle kennen die Situation: In vielen Stadtteilen und Veedeln unserer Stadt gibt es eine Spielhalle neben der anderen. Ergänzt durch eine zunehmende Zahl von Wettbüros prägen sie ganze Straßenzüge oder Ortsmittelpunkte. Diese Entwicklung hat nicht nur das Gesicht eines jeden betroffenen Stadtteils stark verändert, sondern sorgt auch für eine abnehmende Attraktivität des Einzelhandels und der Einzelhandelszentren und führt zu mancher Besorgnis der Anwohnerinnen und Anwohner. Vor allem aber schafft dieses massive Glücksspielangebot viel zu viele Gelegenheiten gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, diesem verlustbringenden Zeitvertrieb mit Suchtpotenzial nachzugehen.

Genau um die Verringerung dieser Spielgelegenheiten insbesondere für Jugendliche ging es den Ländern bei der Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags in 2012, nach dem nur noch Standorte im Abstand von mindestens 350 Metern zu öffentlichen Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genehmigt werden dürfen. Nach einer Übergangsregelung sowie dem Inkrafttreten des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrages, welcher zusätzliche Rechtssicherheit schafft, liegt ab Dezember 2017 ein weiterer wichtiger Teil der Verantwortung, nämlich die Umsetzungsverantwortung, bei den Kommunen, also bei uns hier in Köln.

Dafür muss sich aus unserer Sicht die Verwaltung deutlich besser aufstellen, als dies aktuell der Fall ist. Immerhin geht die Verwaltung auf

Nachfrage unserer Fraktion derzeit von circa 1.000 illegalen Wettbüros im Stadtgebiet aus, von denen nach den neuen Regelungen des Glücksspieländerungsstaatsvertrages perspektivisch in Köln nur 40 legal betrieben werden können und dürfen. Ausweislich des Glücksspielkonzepts der Verwaltung von 2016 konnten bisher aber nur rund 500 dieser Wettbüros identifiziert und lediglich in 152 Fällen ein Untersagungsverfahren eingeleitet werden. Da können und müssen wir deutlich besser werden, weshalb wir in unserem Antrag eine Schwerpunktaktion des Ordnungsamtes fordern. Nur so kann das neue Recht zeitnah zur Geltung gebracht und nach Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der Betrieb der Wettbüros untersagt werden.

Neben diesen wichtigen Konzessionsfragen, die den Markt für Sportwettangebote in Köln völlig verändern wird, muss sich die Verwaltung aber vor allem der Neuordnung der von mir bereits angesprochenen Spielhallensituationen in den Veedeln widmen. Hier gibt uns der Glücksspieländerungsstaatsvertrag völlig neue Instrumente an die Hand, da zukünftig auch für Spielhallen, die bisher unter Bestandsschutz fielen, ein Mindestabstand von 350 Metern zu benachbarten Spielhallen vorgeschrieben ist. Diese klare gesetzliche Regelung müssen wir aus unserer Sicht als Stadt Köln unmittelbar anwenden, um die verheerende Konzentration dieser Einrichtungen in einzelnen Stadtteilen - ich denke da an Stadtteile wie Urbach, den ich recht gut kenne, wo es fünf Spielhallen an einer Kreuzung gibt - und ganzen Straßenzügen endlich zu beenden.

Dazu brauchen wir schnellstmöglich einen Kriterienkatalog, der weitestgehende Rechtssicherheit schafft bei der Entscheidung in Fällen von mehreren nebeneinander bestehenden Spielhallen, was bisher möglich war, die aber aufgrund der neuen Mindestabstandsregelung nun nicht mehr an einem Standort verbleiben können. Auf Deutsch: Wer muss dann weg? Das muss nach klaren Kriterien organisiert und geregelt werden.

Die Verwaltung braucht auch einen Plan, wie mit den zahlreichen freiwerdenden Objekten und den sich daraus ergebenden Chancen für neue Nutzungen umgegangen werden soll. Hier sind mit dem jeweiligen Eigentümer die Nachnutzung und die gegebenenfalls erforderlichen Bau- und vergaberechtlichen Änderungen im Genehmigungsverfahren, wie zum Beispiel Nutzungsänderungen, frühzeitig abzustimmen. Nur so verhindern wir jahrelangen Leerstand, der die Einzelhandelszentren zusätzlich veröden lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie also wollen, dass gerade Jugendliche und junge Erwachsene vor den negativen Folgen des Glücksspiels und den Gefahren der Spielsucht effektiv geschützt werden, wenn Sie wollen, dass der Konzentration von Spielhallen und Wettbüros an vielen Stellen unserer Stadt endlich wirksam begegnet wird, um dort für die Stadtteile positive Impulse zu ermöglichen, und wenn Sie wollen, dass geltendes Recht zügig und nachhaltig zur Anwendung kommt und der Rechtsstaat seine Handlungsfähigkeit hier in Köln unter Beweis stellt, dann müssen Sie unserem Antrag einfach zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich noch zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Stellung nehmen, der an drei Stellen Änderungen vorsieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der LINKEN, ich sage vorweg: Die in Punkt 3 vorgeschlagenen Änderungen können wir übernehmen.

Bei Punkt 1 würden wir schon gern dabei bleiben, dass das zügig umgesetzt wird. Ich hatte ja auf die zeitkritische Situation hingewiesen. Ab Dezember 2017 ist das geltende Recht umzusetzen. Die Verwaltung wird ja hoffentlich hier schon vorgearbeitet haben. Es gab ja schon in der Vergangenheit Ansätze, auf denen wir jetzt aufbauen können. Insofern glauben wir, dass es realistisch ist, uns bis zur Sommerpause ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Der Beschlusspunkt 1c ist ein zentrales Element unseres Antrags, nämlich eine Schwerpunktaktion des Ordnungsamtes zu fahren mit dem Ziel, die Wettbüros, die nicht genehmigungsfähig sind, jetzt tatsächlich zu schließen. Da dies ein Kernelement unseres Antrags ist, würden wir darauf nicht verzichten wollen.

Insofern hier die Ankündigung: Bei Punkt 3 des Änderungsantrags gehen wir mit, bei den anderen beiden Punkten nicht. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Beschlussfassung.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Eine weitere Wortmeldung kommt von Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und

Herren! Die Leiterin der NRW-Koordination Glücksspielsucht, Frau Füchtenschnieder, sagt und wissenschaftliche Studien belegen das auch, dass 60 bis 80 Prozent der erwirtschafteten Erträge in Spielhallen mit Menschen erzielt werden, die glücksspielsüchtig sind. Insofern ist es richtig und wichtig, dass das neue Glücksspielrecht nach Ablauf der Übergangsfrist, der sogenannten Schonfrist, konsequent umgesetzt wird.

Der Glücksspielstaatsvertrag beabsichtigt ja eben durch die engen Voraussetzungen - zum Beispiel dürfen Spielhallen nicht mehr zu nah beieinander stehen und sind Großbetriebe nicht länger erlaubt - die Eindämmung von Spielhallen und somit den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren der Spielsucht.

Allerdings halten wir die Erstellung eines Maßnahmenkonzepts bis zu den Sommerferien 2017 für nicht realisierbar; denn, wie auch dem Antrag der SPD zu entnehmen ist, die neue Rechtslage wird höchstwahrscheinlich zur Schließung von etlichen Spielhallen führen. Solche Untersagungs- bzw. Genehmigungsverfahren müssen gut vorbereitet werden. Nicht auszuschließen ist, dass etliche Betreiber von Spielhallen gegen die Untersagung bzw. die Nichterteilung einer Genehmigung vorgehen könnten. Genannt sei hier nur als Beispiel die Härtefallregelung. Das heißt: Beantragt ein Betreiber den Härtefall und wird dem stattgegeben, kann er die Spielhalle weiter betreiben. Deshalb würden wir den Beschlusspunkt 1 gerne dahingehend ändern, dass das Maßnahmenkonzept möglichst zeitnah erstellt wird. Die Verwaltung braucht ausreichend Zeit, um das gut vorzubereiten.

Den Beschlusspunkt 1c des SPD-Antrages können wir so nicht mittragen und würden diesen ganz streichen wollen, da die Rechtslage gerade bei den Wettbüros nicht geklärt ist. Zudem ist eine Änderung des Glücksspielstaatsvertrages geplant. Es könnte sein, dass die Lizenzen - momentan sind es 20 - aufgehoben werden. Das würde zu ganz anderen Ergebnissen führen. Bevor Untersagungen in Betracht gezogen werden, sollte abgewartet werden, welche Folgen sich daraus ergeben. In diesem Bereich ist so vieles rechtlich noch unklar, dass ein schnelle Maßnahme nicht zu befürworten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem hat die Verwaltung mitgeteilt, dass sie bei den Wettbüros gerade in einem schwebenden Zustand ist. Wir sollten abwarten, was die neue Rechtslage bringt. Da sind wirklich viele Klagen

anhängig. Im Grunde weiß keiner, wie man das letztendlich untersagen kann.

Des Weiteren beantragen wir, den ersten Satz unter Punkt 1d zu streichen. Danach soll folgender Satz ergänzt werden:

Bei einer Schließung von Spielhallen ist zu prüfen, ob in dem betreffenden Stadtteil oder Straßenzug eine Veränderungssperre Anwendung finden kann.

Veränderungssperre deshalb, weil dies eine Maßnahme ist, um der Ansiedlung von Spielhallen entgegenzuwirken. Das machen andere Kommunen heute schon. - Der zweite Satz des Ursprungstextes wird mit dem Wort „außerdem“ ergänzt. Der dritte Satz soll durch folgenden Satz ersetzt werden:

Nach den Kriterien des Nahversorgungskonzeptes der Stadt Köln ist zu prüfen, welche Folgenutzung der ehemaligen Spielhalle bzw. Wettbüros sinnvoll ist. Wenn vorhanden, ist die Zusammenarbeit mit der örtlichen Interessengemeinschaft zu suchen.

Oft verhindern Spielhallen, da sie nicht selten räumlich eng beieinander liegen, einen guten Mix von Geschäften in den Stadtteilen. Mit dem Nahversorgungskonzept möchte man gerade diesem Trend entgegenwirken. Die Schließung von Spielhallen bietet daher die Chance, Lücken in der Nahversorgung zu schließen. Bitte beachten Sie, dass etliche Spielhallen, selbst wenn das alles rechtlich durchsetzbar sein sollte, was aber noch fraglich ist, auch so geschlossen werden können, wie im Glücksspielstaatsvertrag vorgesehen. In Wuppertal zum Beispiel erfüllen von 97 Spielhallen lediglich 14 die rechtlichen Voraussetzungen. In diesem Fall könnten etliche Spielhallen geschlossen werden. Deshalb muss man sich überlegen, was man da machen kann.

Zum Schluss möchte ich noch auf Folgendes hinweisen, da es der SPD bei diesem Antrag erkennbar um die Eindämmung der Glücksspielsucht bzw. um Prävention geht. Im Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht heißt es:

Der geplante Bau eines Casinos, das wahrscheinlich zu 60 Prozent der Fläche mit Spielautomaten bestückt sein wird, steht im Widerspruch zum verfolgten Ziel der Einschränkung von Glücksspielvergnügungstätten.

(Beifall bei der LINKEN und der Guten Wählergruppe Köln)

Sie haben einen sehr umfangreichen Antrag zur Umsetzung des Glücksspielrechts gestellt. Das ist sehr löblich, liebe SPD, aber auch widersprüchlich; denn die meisten Spielsüchtigen verlieren ihr Geld am Automaten und nicht am Spieltisch. Diese Geräte besitzen das größte Suchtpotenzial. Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass sie ihr Geld dann wenigstens unter staatlicher Kontrolle verlieren sollen und nicht in irgendwelchen Spielhallen. So einfach kann man es sich aber nicht machen, wenn man es mit der Eindämmung der Spielsucht und mit der Prävention wirklich ernst meint. Deshalb bitte ich darum, unserem Antrag zu folgen.

(Beifall bei der LINKEN und der Guten Wählergruppe Köln)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bevor wir weitere Wortbeiträge hören, würde ich gern Herrn Dr. Keller das Wort geben.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich kurz aus Sicht der Verwaltung ein paar Sätze dazu sage. Ich möchte die Anträge gar nicht in ihrer inhaltlichen Zielrichtung bewerten; das steht mir vielleicht auch nicht zu. Ich hätte nur die herzliche Bitte an den Rat, der Verwaltung Gelegenheit zu geben, in einer der nächsten Fachausschusssitzungen zum gesamten Themenkomplex etwas ausführlicher Stellung nehmen und darlegen zu können, wie wir gedenken, mit diesem Thema umzugehen. Das Thema beschäftigt uns natürlich auch nicht erst seit gestern, sondern im Prinzip seit dem Abschluss des Ersten Glücksspieleränderungsstaatsvertrages in 2011, der 2012 in Kraft getreten ist.

Ich möchte hier auch dem Eindruck entgegentreten, dass wir ab 1. Dezember 2017 eine klare Rechtslage haben, die dann nur noch vollzogen werden muss. Dem ist aus meiner Sicht nicht so. Wir sind auch im Austausch mit vielen anderen Städten. Ich selbst habe vor 14 Tagen im Rechts- und Verfassungsausschuss des Deutschen Städtetages sehr intensiv darüber diskutiert. Heute tagen die Amtsleiter der großen Ordnungsämter der Republik in Stuttgart und beschäftigen sich auch mit diesem Thema.

Wir sind dabei, ein entsprechendes Handlungskonzept zu erstellen; das müssen wir auch. Aber

ich weise noch einmal darauf hin: Die Rechtslage ist extrem komplex. Ich finde, das ist eines der am schwierigsten zu durchdringenden Rechtsgebiete überhaupt. Wir haben es mit den beiden Glücksspieländerungsstaatsverträgen zu tun, der eine von 2011, der andere von 2017, wobei Letzterer noch nicht einmal von allen Ländern ratifiziert ist. Das heißt: Der muss erst einmal in Kraft treten. Dann haben wir die Ausführungsgesetze der Länder, eine sehr komplexe Materie, ausgesprochen streitanfällig. Auch das Gewerbe, das dahintersteht, ist sehr streitlustig. Das Ganze ist zudem verfassungsrechtlich überlagert und wird europarechtlich durch die EU-Kommission auch sehr deutlich infrage gestellt.

Nun ist Komplexität natürlich kein Grund für Passivität. So arbeitet die Verwaltung auch nicht. Wir arbeiten an einem entsprechenden Konzept. Aber ich warne an der Stelle vor überhasteten Entscheidungen. Ich hätte gern in der Tat - da knüpfe ich an das an, was Frau Tokyürek eben gesagt hat - etwas mehr Zeit für Erfahrungsaustausch, bevor wir tatsächlich zu konkreten Entscheidungen kommen, wie wir vorgehen.

Im Antrag der SPD wird ja richtigerweise gesagt, dass es Länder gibt, in denen die Übergangsfrist schon früher ausläuft, nämlich zum 1. Juli 2017, und dann der Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag mit seinen Übergangsregelungen wirksam wird. Wir gehen davon aus, dass wir in diesen Ländern, eben weil die Branche so streitgeneigt ist, nach dem 30. Juni sehr schnell erste Gerichtsentscheidungen bekommen, zumindest zu Eilverfahren, anhand derer wir dann die offenen Fragen vielleicht etwas besser beantworten können.

Herr Joisten hatte die Frage aufgeworfen: Wenn zwei Spielhallen zu nahe beieinander liegen, welche muss dann weichen? Diese Frage ist tatsächlich nicht so einfach zu beantworten. Wir haben das auch im Städtetag diskutiert. Die Lösungsvorschläge gehen von Kriterienkatalogen bis zum Losverfahren. Also: Da muss man schon sehr genau hinschauen. Ich würde mir wünschen, dass wir die Gelegenheit bekommen, die Situation in den Ländern, die schon ab 1. Juli mit dieser Rechtslage konfrontiert sind, für eine gewisse Zeit zu beobachten, bis wir hier tatsächlich zu Ergebnissen kommen.

Bei den Wettbüros ist das Ganze noch komplexer, weil wir da immer noch auf dieses Konzessionsverfahren warten, das jetzt über den Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag zumindest gelöst werden soll. Aber auch da hören wir, dass es schon wieder europarechtliche An-

würfe seitens der EU-Kommission gibt. Das heißt: Wie sich hier die Rechtslage Ende des Jahres darstellen wird, können wir noch gar nicht absehen.

Insofern wäre es, glaube ich, bei diesem derart komplexen Thema durchaus sinnvoll, dass sich der zuständige Fachausschuss damit beschäftigt und wir dort erläutern, wie wir uns das Ganze vorstellen, um dann zu weiteren Entscheidungen zu kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Herr Frank hat das Wort.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass das Verfahren richtig ist, das im Fachausschuss zu behandeln. Ich will das auch kurz begründen. Es besteht keinerlei Differenz unter den demokratischen Fraktionen hier, das Glücksspiel entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten einzudämmen. Insofern gibt es hier auch keine Streitpunkte bezüglich des Ziels. Der Rat ist aber dazu da, Ziele vorzugeben. Wir haben als Fraktionen nicht die Aufgabe, zu versuchen, Verwaltungsvorlagen zu schreiben, die möglichst auch noch rechtssicher sein sollen. So erscheint aber das SPD-Papier. Zudem wissen wir, dass die Verwaltung bereits tätig ist und ein entsprechendes Umsetzungskonzept erstellen wird. Darauf hat Herr Dr. Keller eben ausdrücklich hingewiesen.

Wir möchten die Verwaltungsvorlage diskutieren, die die entsprechenden gesetzlichen Regelungen in Köln zur Anwendung bringt. Dann kann man immer noch schauen, ob da Korrekturbedarf besteht. Insofern ist der Antrag der SPD wenig hilfreich, weil er gerade auch über die rechtlichen Probleme, die eben dargelegt worden sind, hinweggeht. Deshalb unser Vorschlag: Verweis der Anträge, die hierzu vorliegen, in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Breite vorliegen.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem



Kollegen Frank hier nicht widersprechen, sondern ihn ausdrücklich unterstützen. Wir haben hier gerade eine sehr sachliche Debatte geführt. Die Ausführungen vom Herrn Stadtdirektor dazu waren auch sehr wichtig. Ich möchte hier aber zu Protokoll geben: Auch wenn wir hier eine sachliche Debatte geführt haben, die Überschrift des SPD-Antrags „Konsequente Umsetzung des neuen Glücksspielrechts - Illegale Wettbüros endlich schließen“ passt dazu nicht. Insbesondere bei den Wettbüros von Illegalität zu sprechen, wo das nur ausgesetzt worden ist, gehört, glaube ich, nicht zu einer sachlichen Debatte. Das wollte ich hier noch kurz hinzufügen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten noch einmal.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nur auf den letzten Einwurf eingehen. Die Verwaltung selbst hat in ihren Antworten auf unsere Nachfragen von illegalen Wettbüros gesprochen. Die 152 Untersagungsverfahren machen ja deutlich, dass es illegale Wettbüros durchaus gibt. Insofern bitte ich hier nicht schwarz und weiß zu vermischen. Natürlich wird es am Ende noch Wettbüros geben. Aber wir haben es mit Sicherheit hier mit einer hohen Anzahl von illegalen Wettbüros zu tun und könnten da heute schon nach geltendem Recht - das muss man ganz klar sagen; das machen andere Städte schon längst - härter durchgreifen. Das ist sicherlich auch eine Frage des Personals. Wie gesagt: 500 identifizierte Büros gibt es, 152 Untersagungsverfahren hat es gegeben. Das zeigt ja: Da ist was drin, da ist was möglich.

Ansonsten sind wir mit der Verweisung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen einverstanden, um das im nächsten Ausschuss noch einmal zu reflektieren und zu beraten. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin, aber das kann ich hier nicht so stehen lassen. - Selbstverständlich haben wir diese Problematik, und sie wird hier auch

diskutiert. Aber wenn hier von schätzungsweise 1.000 illegalen Wettbüros gesprochen wird, dann wird damit ein Popanz aufgebaut, der gar nicht da ist. Wir haben große Probleme. Es geht um die Konzessionen. Wir werden sehen, was da passiert. Wir wissen auch, dass es sogar in Tankstellen plötzlich Wettbüros gibt. Das werden wir sicherlich auch angehen; gar kein Thema. Aber hier wird eine Gefahr heraufbeschworen, die es in der Form nicht gibt. Wir haben eine rechtliche Problematik, und das andere müssen wir lösen. Wie Sie das gezählt haben, liebe Sozialdemokraten, weiß ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das war die Verwaltung! Das ist die Antwort der Stadtverwaltung!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen lassen, die Anträge in den AVR zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder, noch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.1 auf:

**4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten der Einsätze Silvesternacht 2015/2016 und 2016/2017 und Karnevalswochen 2016/2017“ AN/0504/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017 1026/2017**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Sehe ich nicht.

**4.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0514/2017**

Diese Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

**4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Rechtsberatung OB Reker“ AN/0522/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017 1508/2017**

Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

**4.4 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“  
AN/0526/2017**

Die Anfrage soll zur nächsten Ratssitzung beantwortet werden.

**4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln“  
AN/0529/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017  
1545/2017**

Hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte sehr.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Bezieht sich die Antwort auf die Frage 2, Weiter- und Fortbildungen zum Thema Hasskriminalität und Mobbing, nur auf Führungskräfte? Ist es möglich, das auch auf andere Bereiche auszudehnen? Und: Wir haben zwar nicht direkt danach gefragt, aber wir beziehen uns ja in unserer Frage auf das Antidiskriminierungsbüro. Hat es einen Kontakt zu dem gegeben? - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Beigeordneter, können Sie die Frage von Herrn Hegenbarth sofort beantworten, oder wollen Sie das schriftlich nachreichen?

(Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau:  
Machen wir schriftlich!)

- Okay. - Herr Hegenbarth, die Antwort erfolgt schriftlich.

**4.6 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Rheinboulevard - Verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?“  
AN/0552/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017  
1527/2017**

Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Ich würde gern Herrn Höing bitten, zu berichten, dass wir gestern ausgezeichnet worden sind.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele von Ihnen wissen, dass in Düsseldorf im Moment die sogenannte polis Convention läuft. Das ist eine Fachmesse für Immobilien- und Stadtentwicklung, die es seit drei Jahren gibt. Auf der polis Convention wird in fünf Kategorien ein Preis verliehen. Gestern Abend wurde der Rheinboulevard in der Kategorie „Lebenswerter Freiraum“ mit dem polis Award ausgezeichnet.

(Beifall)

Darüber hinaus gab es zwei weitere Auszeichnungen, zum einen für die Planungen des sogenannten Coloneums im Mühlheimer Süden, zum anderen für die Fertigstellung des Grünen Wegs in Ehrenfeld.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.7 auf:

**4.7 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?“  
AN/0609/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 17.05.2017  
1376/2017**

Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hegenbarth.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Danke für Ihre Antwort auf Frage 5, auf die ich nachher in Zusammenhang mit den Silvesterfeiern noch eingehen werde.

Unsere Anfrage hat den Titel "Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?". In der Antwort auf Frage 2 heißt es, die Annahme begründe sich aus internen Auswertungen. Gibt es eine Möglichkeit, diese internen Auswertungen einzusehen? Wenn nicht, stellen wir noch einmal eine schriftliche Anfrage dazu.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Stadtdirektor, bitte.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Nein, ich gehe davon aus, dass das personenbezogene Daten sind. Diese würden wir nicht offenlegen. Da geht es auch um Strafverfahren. Ich sehe im Moment keine Basis, diese zu veröffentlichen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.8 auf:

**4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Verkehrsentwicklung im Kölner Süden“ AN/0770/2017**

**Antwort der Verwaltung vom 18.05.2017 1556/2017**

Auch hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Sehe ich nicht.

**4.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Einsatz von Sprachmittlern bei der Verwaltung“ AN/0772/2017**

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 6.2.1:

**6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Erste Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - vom 20.12.2016 0774/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2.2 auf:

**6.2.2 Änderung der „Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln“ 1093/2017**

Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Frau Dr. Bürgermeister vor. - Bitte schön.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage zur Entgeltordnung konnte leider nicht im Fachausschuss diskutiert werden, da sie uns dort erst als Tischvorlage erreichte. Das ist bedauerlich, weil man solche Dinge auch inhaltlich noch einmal stärker diskutieren sollte.

Wir als SPD-Fraktion haben die Bedeutung der museumspädagogischen Arbeit immer hervorgehoben und schätzen auch die Breite und Innovationsbereitschaft des Teams im Museumsdienst. Für uns erfüllen Museums- und Ausstellungsführungen einen ganz zentralen Kultur- und Bildungsauftrag.

Einer Überarbeitung der Entgeltordnung steht grundsätzlich nichts im Weg. Eine solche Überprüfung macht Sinn, gerade wenn sie vom RPA empfohlen wird. Das jetzt vorliegende Ergebnis der Überarbeitung überzeugt uns allerdings nicht. Wir werden dieser Vorlage daher nicht zustimmen. Zwei kurze Anmerkungen dazu:

Erstens. Im Grundsatz streben wir einen möglichst breiten Zugang zu Kultur und Bildung an. Daher ist es aus unserer Sicht mehr als fragwürdig, ein Entgelt für etwas zu erheben, das bisher kostenfrei war. - Das ist das eine.

Zweitens. Wenn man das schon macht, dann doch deshalb, um bessere oder zusätzliche Leistungen anbieten zu können. Sie beschreiben in der Vorlage das Dilemma, dass attraktive Sonderausstellungen von so vielen Gruppen besucht werden, dass sie sich im schlimmsten Fall gegenseitig behindern. Das können wir nachvollziehen und unterstützen Lösungen wie zum Beispiel die Zuweisung fester Zeitfenster - das macht sicher Sinn - oder auch die verpflichtende Ausgabe von Headsets, was ein wirklich guter Gedanke ist.

Im Mittelpunkt des Vorschlags zur Behebung dieses Missstands aber steht die Abschreckung durch die Erhebung von Gebühren; so überspitzt muss man das aus unserer Sicht sagen. Es gibt für die von Ihnen geplante Gebühr für Fremdgruppen ja keine zusätzliche Leistung. Es geht nur darum, die Besucherströme zu steuern. Das Ganze wird umso schwieriger aus unserer Sicht, wenn dies nur für bestimmte Gruppen gilt.

Wir wollen, dass die Besucher in die Museen und in deren attraktive Sonderausstellungen strömen. Wir möchten für Touristengruppen keine Extragebühren erheben. Von daher werden wir dem nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann benutze ich doch das gleiche Mikrofon. - In der Tat ist es bedauerlich, dass wir das Thema nicht im Kulturausschuss diskutieren konnten. Aber ich würde raten: Lassen wir die Kuh im Dorf oder den Besucher im Museum. Insofern möchte ich mich meiner Vorrednerin nicht anschließen. Die Entgeltordnung regelt lediglich, wie Besuchergruppen, die von außerhalb des Museums kommen, einigermaßen geordnet durch das Museum laufen können.

Es wurde eben angeführt, das sei als Abschreckungsmaßnahme gedacht. Das begreife ich nicht. Hier geht es tatsächlich nur darum, dass mehrere Gruppenführungen zur gleichen Zeit stattfinden können. Wir finden diese Entgeltordnung deswegen in Ordnung. Damit wird etwas eingeführt, was in vielen anderen Städten schon lange praktiziert wird und auch dem Museum selbst entgegenkommt. Wichtig ist uns auch, dass nach wie vor alle KölnPass-Berechtigten, alle Jugend- und Studierendengruppen, alle Kitagruppen, alle Schulklassen usw. von diesen Gebühren ausgenommen sind.

Wir denken, es wird jetzt ein Problem mit dieser Entgeltordnung aufgemacht, das überhaupt nicht existent ist. Insofern stimmen wir dieser Vorlage auf jeden Fall zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Dr. Ralph Elster [CDU])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 6.2.2? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Dann ist dieser Vorlage zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017**

**1346/2017**

Bitte nehmen Sie diese Information zur Kenntnis. Eine Abstimmung ist hier nicht erforderlich.

Weiter geht es mit Tagesordnungspunkt 8.1:

**8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen; Haushaltsjahr 2017  
1084/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

**10 Allgemeine Vorlagen**

**10.1 Sanierungsgebiet „Umfeld Kulturzentrum am Neumarkt“  
hier: Aufhebung der Sanierungssatzung  
1316/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.2 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und Sanierung der Parkweiher auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
3657/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Es geht hier um die Übertragung der hoheitlichen Aufgabe zur Unterhaltung und Sanierung der Parkweiher an die StEB. Ich habe das Thema schon im Finanzausschuss zur Sprache gebracht. Wir finden es sehr schwierig, dass im Moment dem Grünflächenamt verschiedene Bereiche entzogen werden. Wir hätten es gut gefunden, wenn man das vorher einmal strategisch diskutiert hätte. Es kann sinnvoll sein, das zu übertragen; es kann aber auch nicht sinnvoll sein. Herr Höing hat auf meine Frage im Finanzausschuss geantwortet, dass es sich hier nur um ein sehr kleines Projekt handelt. Dem möchte ich hier noch einmal widersprechen. Es geht immerhin um ein Gesamtvolumen von 34,5 Millionen Euro und um Investitionen von circa 5,6 Millionen Euro über acht Jahre.

In der Vorlage wird auf das Problem verwiesen und begründet, warum man das jetzt so macht, nämlich weil man, wenn man das normal über

den Haushalt laufen lassen würde, jetzt konsumtive Belastungen hätte, während es, wenn man es über die StEB macht, normale jährliche Ausgaben sind. Meine Damen und Herren, diese Problematik haben wir an verschiedenen Punkten innerhalb des Haushalts. Das kann kein Grund dafür sein. Dann müssten wir vieles out-sourcen, und das wollen wir nicht.

Also: Wir würden in Zukunft gern einmal eine strategische Diskussion dazu führen. Wir finden diesen Weg etwas unglücklich. Deswegen werden wir der Vorlage nicht zustimmen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen einschließlich der Änderungen aus dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem AVR, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Von der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf:

**10.3 Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenkonzept (II. Fortschreibung) 2017-2025  
Stadtgrün - Forst - Friedhof  
0377/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.4 Baubeschluss für die Erneuerung von sechs Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz und Hans-Böckler-Platz mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2017 bei Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen  
0477/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erneuerung des Verkehrsleitsystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1057, Verkehrsleitsystem, Erneuerung  
0495/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.6 auf:

**10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2017/18  
0581/2017**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT  
AN/0774/2017**

Die erste Wortmeldung kam von Herrn Pöttgen.

**Andreas Pöttgen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Wirtschaftsplan der Bühnen. Es überrascht sicher nicht, dass wir, nachdem wir hier im November die Ermächtigung des Budgets von 404 Millionen Euro abgelehnt haben, jetzt punktweise Abstimmung beantragen. Vorab: Wir werden Punkt 3 ablehnen.

Das, was wir heute beschließen, ist ein Freifahrtsschein, ohne zu wissen, was passiert. Herr Streitberger gibt erst am 3. Juli die neuen Zahlen bekannt. Wir werden allerdings schon über Umwege darauf vorbereitet, dass diese 404 Millionen Euro nicht reichen. Trotzdem ist es nicht in Ordnung, heute schon den ersten Zuschlag zu beschließen, ohne zu wissen, wo die Reise wirklich hingeht. - Ich will das jetzt nicht weiter ausführen; darüber haben wir uns im November ausreichend gestritten.

Zum Änderungsantrag. Auch zu diesem beantragen wir punktweise Abstimmung. Die SPD-Fraktion ist seit langem dafür, die Sparte Tanz innerhalb der Bühnen zu stärken. Auch bei den 100.000 Euro für die Spielzeit 2018/2019 gehen wir gern mit; das ist eine gute Initiative, finden wir. Wo wir jedoch nicht mitgehen können, ist bei dem politischen Taschenspielertrick, durch interne Umschichtung dem Budget dieser Sparte 100.000 Euro als Rücklage zuzuführen, um am Ende zu entscheiden, was man damit tun kann. Nach der Debatte im Finanzausschuss ist nicht klar, ob das, was Sie jetzt gleich beschließen wollen, rechtlich überhaupt möglich ist. Deswegen können wir bei diesem Punkt nicht mitgehen und würden uns freuen, wenn Sie das einfach lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Elster hat das Wort. Bitte schön.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja mal wieder eine fulminante Rede, lieber Herr Pöttgen. Zum wiederholten Mal haben Sie diese 404 Millionen Euro thematisiert, obwohl sich eigentlich nichts geändert hat. Herr Streitberger und Frau Oberbürgermeisterin haben fest zugesagt, dass wir vor der Sommerpause darüber informiert werden, welche Kosten für die Bühnen vorzusehen sind. Diese Zusage gilt nach wie vor. - Frau Oberbürgermeisterin nickt.

Selbstverständlich brauchen die Bühnen - ungeachtet der Sanierungsaufgabe, die am Offenbachplatz zu erfüllen ist - Planungssicherheit, wie es in den Haushalten von Schauspiel, Oper und Tanz weitergeht. Wir haben ein Dreispartenhaus. Dem Tanz geht es bei uns nicht ganz so gut. Beispielsweise ist im Rahmen der Sanierung vergessen worden, für den Tanz eigene Flächen vorzusehen. Die Tanzsparte hat keine eigene Kompagnie. Die Tanzsparte hat keine eigenen Produktionsflächen. Die Tanzsparte hat, obwohl wir das mehrfach angemahnt haben, immer noch keinen eigenen Internetauftritt. Genau das wollen wir bewirken. Wir wollen mit dem Geld, das wir von Schwarz-Grün gemeinsam mit der FDP und der GUT-Gruppe jetzt zusetzen wollen, den Tanz stärken.

Schon heute hat der Tanz ein großes Asset. Dank Hanna Koller sind die Tanzgastspiele unglaublich erfolgreich, egal auf welcher Bühne sie aufgeführt werden, sei es bei Herrn Bachmann oder Frau Dr. Meyer. Es gibt eigentlich keine Produktion, wo nicht unglaublich junges und auch internationales Publikum zu unseren Bühnen kommt. Es ist einfach ein wunderbares Projekt, diese Gastspiele noch auszubauen.

Wir wollen mit diesem Geld auch die Idee von Hanna Koller stärken, eigene Produktionen hier in Köln durchzuführen mit Kompagnien aus anderen Städten, die aber Geld von Bund und Land beantragen können. Damit lässt sich das Budget des Tanzes noch einmal deutlich steigern. Zum ersten Mal seit knapp zehn Jahren wird es in diesem Jahr, in der nächsten Spielzeit, eine eigene Kölner Produktion in Kooperation mit Richard Siegal geben. Das ist natürlich eine tolle Sache. Auf diese Art und Weise wird der Name der Stadt auch mit Tanz in Verbindung gebracht.

Wir alle wissen: Der Tanz könnte in Köln noch sehr viel stärker sein. Wir haben hier zwei Hochschulen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Es ist schade, dass wir diese Mittel nicht längst zugesetzt haben. Das ist kein Taschenspielertrick, liebe SPD, sondern nichts anderes

als eine Verschiebung innerhalb des Bühnens Etats. Das Geld, was jetzt in die Rücklage geht, kann Frau Koller nutzen zum Beispiel für Anschaffungen im Bereich Geräte, für die Anmietung von Produktionsflächen, für all die Dinge, die ihr im Augenblick leider nicht möglich sind, weil ihr Budget eben sehr knapp bemessen ist.

An der Stelle darf ich noch einmal daran erinnern, dass es Ihr Oberbürgermeister Roters war, der irgendwann einmal das Tanz-Budget von 700.000 Euro auf 0 Euro gesetzt hat. Nur durch die Intervention von vielen kulturinteressierten Menschen in unserer Stadt ist es gelungen, für den Tanz-Etat wieder 400.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommen Eigeneinnahmen. Was wir von Schwarz-Grün gemeinsam mit der FDP und der Ratsgruppe GUT jetzt machen, ist nichts anderes, als den Status quo wiederherzustellen.

(Zuruf von der LINKEN: Jamaika!)

- Das ist das Reker-Bündnis. Das Reker-Bündnis macht nichts anderes, als das zu korrigieren, was Sie damals falsch gemacht haben, nämlich dem Tanz die Mittel zu entziehen. Tanz ist etwas ganz Erfolgreiches und muss hier in Köln gestärkt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau von Bülow hat das Wort.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas erstaunt über Ihre Darlegungen, Herr Pöttgen. Wenn Sie möchten, dass Punkt 3 des Wirtschaftsplans nicht verabschiedet wird, dann seien Sie so ehrlich, auch das zu sagen, was Sie im November nicht gesagt, aber gemeint haben. Wenn man aus diesem Projekt aussteigen will, gelingt das nur, wenn man den Punkt 3 des Wirtschaftsplans streicht. Dann sagen Sie aber auch, dass Sie für einen Baustopp sind und dass Sie das Ganze nicht mehr wollen. Sagen Sie aber auch, wie es dann gehen soll. Ich bin doch erstaunt, dass Sie das hier immer wieder wiederholen, aber nicht sagen, welche anderweitigen Möglichkeiten Sie sehen.

Ich bin auch erstaunt, Herr Pöttgen, dass Sie hier von „Debatten im Finanzausschuss“ reden. Es gab nahezu keine Debatte dort; es gab lediglich eine Nachfrage. Herr Wasserbauer hat daraufgelegt, dass der Änderungsantrag umsetzbar ist.

Mehr gab es nicht. Vielleicht sollten Sie in Zukunft Ihre Ratskollegen befragen, was in den Ausschüssen läuft, bevor Sie hier das Wort ergreifen.

Jetzt zum Inhalt. Mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans der Bühnen wird der Weg frei für die neue Spielzeit. Wir sind spät dran, aber noch nicht zu spät. Wirtschaftsplan und mittelfristige Finanzplanung sind schließlich die Grundlage, die die Bühnen handlungsfähig machen für die nächste Spielzeit. Ich denke, es ist richtig, das jetzt zu entscheiden.

Vieles ist geplant. Der Opernplan ist bereits vorgestellt. Der Schauspielplan wird in Kürze vorgestellt. Alles, was wir bisher gehört haben, ist vielversprechend, trotz aller Probleme. Am Offenbachplatz machen die Bühnen ein gutes Programm und sind künstlerisch erfolgreich. Das werden sie, denke ich, auch fortsetzen.

Mich freut besonders, dass sowohl Schauspiel als auch Oper in der laufenden wie auch in der neuen Spielzeit neue Wege beschritten haben respektive beschreiten wollen. Wenn Sie sich einmal den aktuellen Spielplan anschauen und das, was allein im Juni 2017 an den Bühnen stattfindet, werden Sie feststellen: An Schauspiel und Oper laufen sehr unterschiedliche Formate: Es laufen Alte und Neue Musik, es gibt Lesungen, es gibt Planet Culture, es gibt Veranstaltungen des Impulse Theater Festivals, das AfriCologne und vieles andere mehr. Das heißt: Die Bühnen beschreiten neue Wege. Sie öffnen sich. Sie machen viel Neues. Für die neue Spielzeit ist Ähnliches geplant.

Und: Die Bühnen werden auch neue Wege beschreiten, die den Tanz betreffen und ihn stärken - Herr Dr. Elster hat es bereits angesprochen -: die Oper durch die Kooperation mit der freien Tanzszene in Köln und das Schauspiel durch die Kooperation mit dem erfolgreichen Choreografen Richard Siegal und seiner Tanzkompanie „Ballet of Difference“. Die Uraufführung seiner ersten Produktion wird am 14. Juli im Depot des Schauspiel stattfinden. Gerade Letzteres wird von der Presse bereits mit Aufmerksamkeit verfolgt. Köln ist mit seinem Tanz sogar schon in überregionalen Zeitungen. So war ich erfreut, am letzten Samstag in der *Süddeutschen* einen großen Bericht über die Tanzkooperation mit Richard Siegal lesen und dabei feststellen zu können: Die Aufmerksamkeit für den Kölner Tanz geht weit über Köln hinaus. Insofern: Herzlichen Glückwunsch ans Schauspiel für diese Kooperation!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich denke, das kommt auch nicht von ungefähr. Richard Siegal ist international unterwegs, er ist anerkannt und sehr bekannt. Des Weiteren sind in der nächsten Spielzeit Kooperationen mit gemeinsamen Workshops, Lectures, Symposien und Projekten vorgesehen, die auch zahlreichen Akteuren der freien Tanzszene offenstehen sollen. Ich denke, auch das ist ein wichtiges Signal: Der Tanz agiert nicht isoliert, sondern er öffnet sich sehr breit. Das Land NRW fördert diese Kooperationen, und es gibt bundesweite Resonanz.

Hinzu kommt der Erfolg der Tanzgastspiele; dies wurde schon angesprochen. Man fragt sich vielleicht: Warum bedarf es dann eines Zusatzantrags? Warum wollen wir etwas ändern am Wirtschaftsplan? - Darauf möchte ich kurz eingehen. Die Tanzgastspiele werden mittel- und langfristig fortgeführt. Wir möchten sie erweitern und intensivieren, damit ihre Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden kann. Wir wollen mit unserem Zusatzantrag die Sparte Tanz bei den Bühnen stärken, indem auf Dauer 100.000 Euro zugunsten des Tanz-Budgets umgeschichtet werden.

Wir müssen das hier auch beschließen; denn noch gilt der Ratsbeschluss vom 30.04.2013, der besagt: Tanzgastspiele sind gedeckelt auf 400.000 Euro. - Mit unserem Änderungsantrag öffnen wir diesen Ratsbeschluss und ermöglichen, das innerhalb der Bühnen umzuschichten. Wenn man alles zusammennimmt - den aufgestockten Betrag und die Einnahmen, die aus Tanzgastspielen zur Verfügung stehen -, dann sind es wieder 700.000 Euro, die langfristig vorhanden sind. Damit sind wir für die Tanzgastspiele wieder auf dem Stand von 2012/2013 plus die Kooperationen, die laufen. So gesehen denke ich, beide Dinge führen dazu, dass der Tanz nachhaltig gestärkt wird. Es gibt eine gute Basis für den Tanz in Köln. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Stahlhofen, bitte.

**Gisela Stahlhofen (DIE LINKE):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der CDU! Ich werde hier keine Interna oder sonstige Mutmaßungen in die Welt setzen. Ihre Fragen zum Wirtschaftsplan

wurden im letzten Ausschuss Kunst und Kultur beantwortet. Ich nehme an, Sie haben die Antwort gelesen.

(Michael Frenzel [SPD]: Bestimmt!)

Damit ist Ihr Änderungsantrag, vor allem der Buchstabe c, eigentlich obsolet. Zu Ihrer ersten Frage, ob es problematisch sei, den Wirtschaftsplan zu ändern, wurde geantwortet - ich zitiere -:

Die Spielpläne von Oper, Schauspiel und Tanz für die Spielzeit 2017/2018 sind jedoch zum jetzigen Zeitpunkt bereits fertig gestellt. Die Planung weiterer Tanzaufführungen würden Lücken im Spielplan voraussetzen. Auch ist davon auszugehen, dass die internationalen Tanzkompanien für den Zeitraum bereits disponiert haben. Die Präsentation zusätzlicher Aufführungen ist daher aus künstlerischer Sicht mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Ich finde es sehr schön, dass Sie sich jetzt auch entschlossen haben, den Tanz mit zu unterstützen. Aber der Buchstabe c Ihres Antrags ist aufgrund der Beantwortung entbehrlich. Sie haben ja in der Begründung Ihres Antrags selbst darauf hingewiesen, dass das schwierig werden könnte. Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie auf Buchstabe c verzichten. Wenn man das jetzt beschließen würde, würde man in den feststehenden Wirtschaftsplan und die darin enthaltenen Kostenaufstellungen für Oper, Schauspiel und Bühnenservice massiv eingreifen. Da wir in Gagen von Schauspiel oder Oper nicht wirklich eingreifen können, würde das den Bühnenservice treffen, also die Menschen, die im Hintergrund arbeiten. Damit haben wir ein massives Problem. Deswegen können wir Buchstabe c Ihres Antrags nicht unterstützen.

Die grundsätzliche Frage, die sich mir stellt, ist die nach dem Standort für den Tanz. Im Moment sind wir im Werkstattverfahren zur Halle Kalk und werden das dort auch diskutieren. Ich wünsche mir von Ihnen mehr Unterstützung, dass der Tanz auch seine eigenen Produktionen, durch die Hochschule für Musik und Tanz Köln produziert, an diesem wunderbaren Standort in Kalk aufführen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Stahlhofen, bei dem Bühnenetat, den wir haben, 100.000 Euro umzuschichten, das schafft die Führung. Das kann Ihnen sagen. Das hat Herr Wasserbauer im Finanzausschuss auch so gesehen. Er sagte: Selbstverständlich habe ich den Ehrgeiz, diese Umschichtung hinzubekommen. - Darum: Er wird das auch hinbekommen. Das sehe ich gar kein Problem. Wenn man bei einem solchen Bühnenetat nicht einmal 100.000 Euro umschichten kann, dann würde an der Planung etwas nicht stimmen. Das gehört einfach dazu.

(Zuruf von der LINKEN)

Wir können Ihnen ja mal zeigen, wie das funktioniert. Es müssen da nämlich immer Sicherheiten enthalten sein.

(Zuruf von Gisela Stahlhofen  
[DIE LINKE])

- Frau Stahlhofen, ich will Ihnen ja nur Ihre Sorge nehmen. Sie brauchen da gar keine Angst haben. Das wird sicherlich in der Form klappen.

Was ich gut finde, ist, welche Botschaft wir hier herüberbringen. Für uns war der Tanz immer sehr wichtig. Es hat uns sehr geschmerzt, dass sein Budget derart gekürzt worden ist. Wir mussten wirklich hart kämpfen, dass er überhaupt hierbleibt und wir weiter Mittel dafür einsetzen. Es waren einmal 700.000 Euro; jetzt endlich werden es wieder 500.000 Euro sein. Das ist immer noch nicht der Etat, den er einmal hatte. Die Kölnerinnen und Kölner waren uns dankbar, dass wir für den Tanz gekämpft haben. Darum bin ich froh, dass wir jetzt den Schritt wagen, die Mittel im Wirtschaftsplan der Bühnen umzuschichten. Ich glaube, es ist eine gute Botschaft, dass wir auch etwas für den Kölner Tanz tun. Man muss ja sehen: Gerade die Gastspiele sind immer ausverkauft; sie kommen unheimlich gut an. „Stärken stärken“ ist die Meinung der FDP, und das wollen wir mit diesem Antrag machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann (Freie Wähler Köln):** Ich mache es kurz vom Platz aus. - Herr Dr. Elster, da Sie eben die Unterstützerguppe angesprochen



haben: Da muss ich ausscheren. Wir werden dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen. Wir warten die abschließende Stellungnahme von Herrn Streitberger ab.

Wenn wir das Thema Tanz nur in Zusammenhang mit dem gewaltigen Bühnenetat betrachten, dann ist das für mich der falsche Weg. 100.000 Euro umzuschichten, ist, glaube ich, angesichts dieses Etats sicherlich überhaupt kein Problem. Das weiß ein jeder, der hier sitzt. Mir aber geht es um ganz andere Dinge. Ich glaube, dass wir solche Verschiebungen und Einsparungen im Wesentlichen aus dem Bereich Interim und Sanierung generieren könnten.

Deshalb warten wir den Bericht von Herrn Streitberger ab und stimmen heute weder der Beschlussvorlage noch dem Änderungsantrag zu. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann beabsichtige ich, jetzt abstimmen zu lassen.

Zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT. Die SPD-Fraktion hatte beantragt, die Punkte einzeln abzustimmen.

Punkt a: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt b: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt c: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Punkt d: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich den Änderungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe Piraten. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen, wie von der SPD beantragt auch hier wieder in Einzelabstimmung.

Absatz 1: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Absatz 2: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Absatz 3: Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Absatz 4 beinhaltet den soeben beschlossenen Änderungsantrag. Das muss nach meiner Wahrnehmung hier nicht erneut abgestimmt werden.

Wir kommen nun zur GesamtAbstimmung der Vorlage in der jetzt um Absatz 4 ergänzten Fassung. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD und die Ratsgruppe Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

#### **10.7 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Katholische Grundschule Gutnickstr.37, 50769 Köln 0143/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

#### **10.8 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 3-fach Turnhalle sowie von 4 zusätzlichen Klassenräumen für das Herder-Gymnasium, Kattowitzer Str. 52, 51065 Köln Buchheim 0165/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

#### **10.9 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße / Kölner Straße in Lövenich - Interimsstart am Standort Neue Sandkaul in Widdersdorf in angemieteten / erworbenen Räumlichkeiten der privaten Internationalen Friedensschule 1123/2017**

Wortmeldungen? - Bitte, Herr Thelen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch wenn diese Vorlage mit der entsprechenden Anlage eine wesentliche Verbesserung der Anmeldesituation, insbesondere für Schüler und Schülerinnen, die das Gymnasium besuchen wollen, enthält und wir damit zufrieden diesen Beschluss fassen könnten, so ist es doch, denke ich, nötig und wichtig, zum gesamten Vorgang hier Stellung zu nehmen.

Selbstverständlich ist die Aufnahme und die Verteilung von Schülern und Schülerinnen an allen Schulen eine schwierig umzusetzende Angelegenheit, wenn es jeweils das Ziel ist, möglichst allen Schülern und Schülerinnen gemäß ihrem Wunsch und einen vom Umfeld, von den sozialen Kontakten und von der Entfernung her angemessenen Platz zu ermöglichen, vor allen Dingen auch dann, wenn die Anmeldezahlen für das Gymnasium so stark ansteigen.

Eine weitere Schwierigkeit steckt darin, dass an diesem Vorgang neben den Eltern und Kindern drei Institutionen beteiligt sind: zum einen die jeweilige Schulleitung, die das Recht hat, die Schüler und Schülerinnen aufzunehmen, zum anderen die Bezirksregierung, die für die inneren Schulangelegenheiten zuständig ist, und nicht zuletzt der Schulträger, der die Räume, das Material und das Personal bereitstellen muss.

Wir sind uns bewusst, dass die genannten Institutionen sich sowohl im Vorfeld wie auch bei der Durchführung redlich bemüht haben, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Allerdings war das Ergebnis, vor allem gemessen an den Elternprotesten, nicht zufriedenstellend. In einer solchen Situation müssen bei den politisch Verantwortlichen die Alarmglocken schrillen, und das haben sie insbesondere bei CDU und uns Grünen getan.

(Zurufe von der LINKEN und der FDP)

Deshalb haben wir auf dem politischen Feld noch einmal dringend appelliert und einen entsprechenden Antrag im Schulausschuss eingebracht, der aufzeigt, wie die Situation zumindest zum Teil verbessert werden kann.

Die zur Debatte stehende Beschlussvorlage zeigt, dass dies im Zusammenspiel von Schulen, Bezirksregierung und Schulträgern und auch mit dem Einsatz der Oberbürgermeisterin gelungen ist, zwar nicht durch einen vorgezogenen Start des Gymnasiums Zusestraße, aber durch eine Mehrklassenbildung im Georg-Büchner-Gymnasium in den Räumen der Internationalen Friedensschule.

Auch für die Sicherung der Internationalen Friedensschule waren intensive politische Interventionen nötig, um diesen wichtigen Bestandteil der Kölner Schullandschaft zu erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen danken, die konstruktiv an diesen Lösungen mitgearbeitet haben. Dazu gehören selbstverständlich die Eltern durch Einsprüche und entspre-

chende Informationen sowie die städtische Schulverwaltung, die Bezirksregierung, die Trägerorganisation der Internationalen Friedensschule und auch die Oberbürgermeisterin. Besonders hervorheben möchte ich, dass sich das Georg-Büchner-Gymnasium in dieser Frage hervorragend verhalten und durch die Mehrklassenbildung die Situation für Schüler und Schülerinnen im Kölner Westen verbessert hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Hoyer hat das Wort.

**Katja Hoyer** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, weil ich eigentlich gar nicht vorhatte, etwas zu der Situation zu sagen. Aber Sie haben mich jetzt etwas herausgefordert, Herr Thelen.

In der Tat müssen wir feststellen, dass die Versorgung mit Schulplätzen, aber auch mit OGTS-Plätzen und Kitaplätzen im Kölner Westen unbefriedigend ist. Die Situation ist auch nicht plötzlich eingetreten. Wir haben schon seit langem darauf hingewiesen, dass es dort ein Problem gibt. Das hat sich jetzt noch gesteigert. Es ist sozusagen zum Showdown gekommen. Diesen Showdown haben wir auch hier im Rat in einer nichtöffentlichen Sitzung erlebt. Ihre Aufzählung, dass sich nur CDU und Grüne bei Lösungsvorschlägen hervorgetan haben, finde ich ziemlich gewagt, wenn ich an Sitzungsunterbrechungen und dergleichen mehr denke. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang dafür bedanken, dass wir im Endeffekt eine Lösung gefunden haben, die im Sinne und im Interesse der Kinder, der Lehrer und der Schulen ist. Daran waren ganz viele beteiligt. Auch die Verwaltung der Stadt hat sich sehr bemüht, dass es zu diesem Kompromiss kommt. - Danke schön!

(Beifall bei der FDP sowie bei  
Katharina Welcker [CDU])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es hatte sich auch Herr Schlieben gemeldet.

(Ulrich Breite [FDP]: Widerspricht die CDU jetzt, oder was?)

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Uli Breite, ich möchte feststellen - das hat Herr Horst Thelen auch herausgearbeitet -: Wenn sich das denn alles so bis zum Sommer verwirklichen lässt, wovon wir jetzt ausgehen, haben wir eine gute Lösung hinbekommen. „Wir“ heißt: diejenigen Fraktionen und Parteien, die sich sehr aktiv und gut in die Diskussion eingebracht haben.

Als Vorsitzender des Schulausschusses kann ich hier nur sagen: Im Schulausschuss kamen von allen Seiten gute Vorschläge. Natürlich sollte der Anteil nicht auf einzelne Fraktionen begrenzt werden. Das war eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir gut zusammen hinbekommen haben. Da gibt es, glaube ich, überhaupt keinen Dissens. Genauso ist festzustellen, dass die Verwaltung hier hart arbeiten musste und auch hart gearbeitet hat, damit diese Lösung verwirklicht werden kann. Und: Wir wollen auch der betroffenen Schule und ihrer Schulleitung Danke sagen, dass wir mit ihr gemeinsam diese Lösung hinbekommen haben. - Also: Dieser Erfolg hat viele Väter. Wir müssen darüber gar nicht streiten.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Genau. Da sind wir einer Meinung. So habe ich Horst Thelen auch verstanden.

(Lachen bei der SPD und der FDP)

- Ich bin ja etwas später hereingekommen.

Und noch etwas ist mir wichtig - wir haben das ja schon im Vorfeld diskutiert; deshalb kann ich das kurz halten -: Es ging dabei nicht nur um die Kinder und Eltern aus dem Kölner Westen, sondern auch um die aus dem Kölner Norden und Nordwesten. Auch für sie ringen wir um Lösungen. Da ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. 159 Kindern konnte weder der Erst- noch der Zweitwunsch erfüllt werden. Von diesen 159 Kindern hatten 42 als Erst- oder Zweitwunsch das GBG angegeben. Diese 42 Kinder bzw. deren Eltern sind schon angeschrieben worden, mit ihnen hat man schon gesprochen. Aber auch die anderen 117 Kinder bzw. deren Eltern werden noch angeschrieben. Auch für sie wird versucht, eine Lösung zu finden, zum Beispiel an der Dependence, wobei dort nur maximal drei zusätzliche Klassen eingerichtet werden können.

Ich sage: Diese Strecke muss jetzt noch bis Ende diesen Monats, Anfang nächsten Monats zurückgelegt werden. Aber das hört sich doch schon gut an. Wir sind da auf einem guten Weg. Ich kann die Eltern nur noch einmal ermutigen - vielleicht ist das von hier aus die beste Möglichkeit -: Melden Sie Ihr Kind jetzt bitte auch dort an! Die erste Frist für die betreffenden 42 Kinder endet bereits morgen. Also: Liebe Eltern dieser 42 Kinder, wenn Sie nach wie vor möchten, dass Ihr Kind an dieser Schule aufgenommen werden soll, dann melden Sie bitte Ihr Kind bis morgen dort an! - Das war auch ein Thema im heutigen Schulausschuss. Ich darf es hier offen sagen; es war ja keine geheime Sitzung: Bisher ist die Resonanz übersichtlich, um es einmal freundlich zu formulieren. Deshalb noch einmal: Liebe Lindenthaler oder wo ihr sonst herkommt, fragt noch einmal nach, ob es eine entsprechende Rückmeldung gab.

In einem zweiten Schritt - das ist in der Vorlage der Verwaltung sehr ordentlich aufgeführt worden - werden die Eltern der anderen Kinder noch einmal angeschrieben und haben die Möglichkeit, zu reagieren. Von den Eltern hat ja nicht nur die Verwaltung, sondern haben auch wir quer durch alle Parteien die Nachfrage bekommen: Passiert auch etwas für uns? Die Antwort ist: Ja, es passiert auch etwas für euch. Wir versuchen im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, Lösungen zu finden. Die Möglichkeiten hat die Frau Dezernentin, hat die Verwaltung nicht nur in einer Sitzung, sondern in mehreren Sitzungen, auch in der Sitzung heute, aufgezeigt und dargelegt, was jetzt noch möglich ist.

Mein letzter Hinweis: Seien Sie alle, sowohl hier im Rat als auch in der Öffentlichkeit, versichert, dass wir schon das Anmeldeverfahren für das übernächste Schuljahr im Blick haben. Wir sind mit der Verwaltung und der Frau Oberbürgermeisterin einer Meinung, dass wir schon jetzt daran arbeiten müssen, weil die Situation im übernächsten Schuljahr nicht leichter werden wird. Daher bitte ich Sie alle - ich schaue in Richtung der FDP-Fraktion, aber auch in die aller befreundeten Fraktionen -: Arbeiten Sie so konstruktiv mit wie bisher, damit wir alle zusammen auch für das übernächste Schuljahr eine gute Lösung hinbekommen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Philippi, wenn Sie gestatten, würde ich zunächst Frau Dr. Klein das Wort geben. - Bitte schön.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Anerkennung! Das war ein hartes Stück Arbeit für alle Beteiligten. Sie haben das auch beschrieben. - Erstens.

Zweitens. Wir sind jetzt genau an dem Punkt, an dem wir gewesen wären, wenn im Herbst 2016 das Vermietangebot aufrechterhalten worden wäre; das nur am Rande erwähnt. Es war schon damals der Vorschlag der Verwaltung, vorzeitig, nämlich zum Schuljahr 2017/2018, in Widdersdorf zu starten, was dann nicht zustande kam.

Der dritte Punkt. Wir sind - Herr Schlieben hat es gesagt - schon mitten in der Vorbereitung des Anmeldeverfahrens für das Schuljahr 2018/2019. Wachsende Stadt, das Thema kennen Sie. Es gibt nur eine Antwort auf diese Situation: Bauen, bauen, bauen. Es muss was aus der Erde wachsen. Es müssen Schulgebäude entstehen in einer wachsenden Stadt. Alles andere ist Flickwerk. Wir suchen weiter nach Lösungen. Aber es müssen Gebäude errichtet werden, in denen Schülerinnen und Schüler unterrichtet und gebildet werden können. Deshalb herzlichen Dank für die Unterstützung in der letzten Ratssitzung, dass auch durch privates Engagement hier Zug auf die Seite kommt, was das Thema Bauen angeht! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

**Franz Philippi (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es vom Platz aus. - Ich bin doch sehr erstaunt, dass wir nach stundenlanger Debatte im Schulausschuss heute hier im Rat noch einmal eine Fachdiskussion führen. Ich bin dem Schulausschussvorsitzenden dankbar für die Klarstellung, die er eben gegeben hat. Es ist schon ein starkes Stück, dass der schulpolitische Sprecher der Grünen hier behauptet, Grüne und CDU hätten in dieser Frage im Stadtbezirk Lindenthal, im Kölner Westen die Kuh vom Eis geholt. Das ist schlicht und einfach falsch. Wir haben im Schulausschuss einen gemeinsamen Änderungsan-

trag auf der Basis eines Änderungsantrags der SPD formuliert,

(Lachen bei Jörg Frank  
[Bündnis 90/Die Grünen])

in dem wir zahlreiche Aufgabenstellungen an die Verwaltung adressiert haben. Das war ein gemeinsamer Antrag, den die Verwaltung dann abgearbeitet hat, sodass es letzten Endes doch für alle, denke ich, in der Summe kurz vor Toreschluss zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen ist.

Auch von unserer Seite noch einmal ein ganz herzlicher Dank an die Bildungsdezernentin, die zusammen mit der Bezirksregierung und vor allen Dingen auch mit dem Schulleiter des Georg-Büchner-Gymnasiums eine wirklich gute Lösung erarbeitet hat.

Die SPD-Fraktion hat sich genauso wie die anderen Fraktionen in die Erarbeitung dieser Lösung mit eingebracht. Das ist keine Einzelarbeit der beiden Fraktionen, die hier eine Koalition bilden.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich gern abstimmen lassen, und zwar wie die Vorlage, aber mit der Ergänzung aus Anlage 4, Punkt 10. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.10 auf:

**10.10 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Haltestelle Rathaus hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr. 2427/2016/3**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0795/2017**

Herr Frenzel hat das Wort.

**Michael Frenzel (SPD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! - Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schlieben von der CDU hat uns gerade dazu aufgefordert, hier konstruktiv zusammenzuarbeiten. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Vielen Dank, Herr Dr. Schlieben!

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

In diesem Sinne ist auch dieser SPD-Änderungsantrag ganz eindeutig positioniert, lieber Herr Houben.

Ich darf noch einmal an die Genese erinnern. Zunächst vielen Dank an die Verwaltung, dass sie den Vorschlag der SPD, eine behindertengerechte Rampe in Form eines Stegs am Roten Haus zu ermöglichen, aufgegriffen hat. Unser Ergänzungsantrag ist auch mit dem Dank verbunden, dass unsere Vorschläge von der Verwaltung umgesetzt worden sind, trotzdem wir sie hier nicht förmlich beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der nun vorliegende Ergänzungsantrag ist ebenso konstruktiv, und er ist auch schnell erzählt. Aus unserer Sicht fehlen bei der jetzt gefundenen Lösung, die an sich schon ganz nah am Optimum ist, noch ein paar Zentimeter, was die Breite der Treppe angeht. Stellen Sie sich folgendes Bild vor: Man geht diese Treppe hoch. Viele Hochzeitspaare machen auf dieser Treppe vor dem Rathaus Fotos. Die Stadtführer halten dort mit ihren Führungen. - Bei einer Breite von 3,50 Meter wird das schon ein bisschen knapp.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Herr Kienitz, wir beide würden vielleicht noch aneinander vorbeikommen. Aber wenn es ein paar Leute mehr sind, wird das schon ein bisschen kritisch. - Deswegen unser Vorschlag, dass die Verwaltung das noch einmal in den Blick nimmt und die Möglichkeit einer Verbreiterung prüft.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Lieber Herr Kollege Kienitz, Herr Schlieben hat gerade gesagt, wir sollten uns konstruktiv verhalten. Ich habe hier eine Zeitung aus Köln mitgebracht, in der ein Kollege aus dem Rat mit den Worten zitiert ist: „Die SPD hatte das einzige Interesse, dass Frau Reker scheitert.“ - Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieses Zitat hat mich schon ein bisschen überrascht. Ich glaube, Frau Reker, die selbst schon darauf hingewiesen hat, dass sie aus einem Haushalt mit sozialdemokratischer Tradition kommt, würde diese Verschwörungstheorie sicherlich nicht unterschreiben wollen. Sollte ich damit nicht richtig liegen, möge sie sich dazu äußern.

Nun zu unserem Antrag. Ich möchte eines vorwegnehmen, damit hier nicht gleich wieder ein Sturm der Entrüstung losgeht. Herr Schlieben

hat gesagt, wir sollten konstruktiv um sachliche Lösungen streiten. Genau das wollen wir. Ich bitte Sie, liebe Kollegin Jahn, lieber Herr Kienitz, tun Sie mir den Gefallen und setzen Sie sich bitte mit unseren Argumenten auseinander, ob diese Treppe tatsächlich breit genug ist oder ob sie nicht doch etwas breiter sein sollte. Begeben Sie bitte nicht wieder auf diese Metaebene und verfallen in diese grüne Küchenpädagogik oder in diese schwarze Moralexegese oder in die blaugelbe Spekulation,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

was die SPD im Jahr 1995 gesagt, getan, gedacht oder gekonnt hat! Die Bürger sind dieser Art der Auseinandersetzung absolut überdrüssig. Lassen Sie uns heute argumentativ streiten und um die beste Lösung ringen: für das Rote Haus, für die Bürger dieser Stadt, für Köln! - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt Frau De Bellis-Olinger, bitte.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Trotzdem habe ich nicht verstanden, was an Ihrem Antrag konstruktiv ist. Ihn als konstruktiv zu bezeichnen, nur weil Sie in Ihrer Rede dreimal das Wort „konstruktiv“ benutzen, tut mir leid, das leuchtet mir nicht ein.

(Beifall bei der CDU)

Wir befassen uns heute in der Ratssitzung mit dem Aufzug. In Ihrem Antrag geht es um Sockel und Treppe. Das haben wir schon im Stadtentwicklungsausschuss letzte Woche zur Genüge erörtert. Vor einem Monat haben Sie den Entwurf, den uns Herr Höing im Ausschuss vorgestellt hat, sehr gelobt. Jetzt, ein paar Wochen später, ist das alles schon wieder hinfällig. Wir sollen uns mit Ihrem Antrag befassen, obwohl es noch gar keinen Bauantrag dafür gibt, nur weil Sie mit Sockel und Treppe ein Problem haben. Nennen Sie doch das Kind beim Namen und sagen Sie, warum Sie möchten, dass die Treppe verbreitert werden soll!

Herr Höing hat uns zugesagt, alle Anregungen und auch kritische Äußerungen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Ich frage mich, offen gesagt: Herr Frenzel, warum vertrauen Sie ihm

an dieser Stelle nicht? Ich glaube, Sie möchten heute einfach nur Ihre Handschrift lesen, um nach außen damit werben zu können, dass Sie es waren, der einen halben Meter Sockel durchgesetzt hat. Das kann es doch nicht sein.

Es sind viele gute Überlegungen eingeflossen. Die Aufzugslösung ist da. Der Steg ist da. Der Entwurf ist wirklich sehr gelungen. Das ist eine Aufwertung an dieser Stelle. Daher frage ich mich, warum man nicht jetzt mit den Planungen weiter voranschreiten kann, um hier eine gute Lösung zu erhalten.

(Michael Frenzel [SPD]: Machen wir doch! Ist doch unser Antrag!)

- Herr Frenzel, Sie können in vier Wochen wieder einen anderen Antrag einbringen. Wir werden auch dem nicht zustimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr offen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden dem nicht zustimmen, aber nicht, weil der Antrag von Ihnen kommt, sondern weil der Antrag nicht so konstruktiv ist, wie Sie hier vorgeben. Das ist der Grund.

Wir wollen an dieser Stelle der Beschlussvorlage der Verwaltung, wie im Stadtentwicklungsausschuss besprochen und beschlossen, zustimmen. Ihren Antrag lehnen wir ab; denn Konstruktivität können wir hier nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Erst Frau Pakulat und dann Sie, Herr Sterck; I'm so sorry!

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es mal eben vom Platz aus. - Frau De Bellis hat ja schon vieles gesagt. Wir haben diese Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss vorwärts und rückwärts diskutiert. Wir tun das schon seit vielen Monaten. Das ist unser liebstes Kleinstgrundstück, an dem alle ein großes Interesse haben. Man kann nicht sagen, darum habe sich ja niemand gekümmert.

Dieser Antrag von der SPD ist erneut ein Beispiel dafür, dass man etwas, das längst gegessen ist, noch einmal als SPD-Antrag auf den Tisch bringen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir haben die Punkte mit der Treppe ausführlich erörtert. Wir haben auch noch andere Punkte erörtert, die viel weiter gehen, als in Ihrem Antrag vorgeschlagen. Das alles ist zu Protokoll genommen worden. Sie können das im Auszug der Niederschrift nachlesen.

Herr Höing hat zugesagt, in der konkreten Entwurfsplanung diese Hinweise zu berücksichtigen und ihnen so weit wie möglich zu entsprechen und uns dann die Entwurfsplanung vorzulegen. Uns reicht diese Zusicherung aus. Wir wollen nicht, dass diese Vorlage durch einen Änderungsantrag in eine weitere Beratungsschleife muss; das tut sie schon viel zu lange. Wir wollen, dass es in dieser Stadt vorangeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Ich mache es auch vom Platz aus. - Es ist schon vieles gesagt worden; ich will nichts wiederholen. Ich möchte hier nur darauf hinweisen - das geht insbesondere an Sie, Kollege Frenzel -, dass man, wenn man sich die Pläne genau anschaut, erkennen kann, dass in der Planung jetzt zwei zusätzliche Begegnungsräume vorgesehen sind. Insbesondere der Begegnungsraum am Rathausplatz ist niveaugleich mit dem Rathausplatz und könnte beispielsweise von Brautpaaren genutzt werden, um sich dort ablichten zu lassen, oder auch von den Fremdenführern, die jetzt befürchten, dass sie dann nicht mehr genug Platz haben werden. Ich glaube, man muss hier einmal die Kirche im Dorf lassen und ein Stück weit der Verwaltung vertrauen, dass sie diese gute Planung auch so umsetzt.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Frenzel, leider kann ich der SPD die Sorge um die beste Lösung an dieser Stelle nicht so richtig abnehmen. In der Vergangenheit ist vonseiten der SPD wirklich alles versucht wor-

den, diese Aufzugslösung zu hintertreiben. Das ist nun einmal das Problem.

Die Idee für einen Aufzug hatte unser ehemaliger Ratskollege Karsten Möhring. Er hat dafür gesorgt, dass dieser Aufzug nicht mitten auf dem Platz, sondern im Roten Haus errichtet wird. Schon damals hat die SPD an dieser Lösung herumgemäkelt. Die Krönung war der Vorschlag der SPD, die Situation so zu belassen, wie sie ist und das Rote Haus gar nicht wieder aufzubauen. Das kam auch aus Ihrer Richtung.

(Michael Frenzel [SPD]: 1995!)

- Nein, das war später.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 2012!)

- 2012 wird mir hier gerade souffliert. Jörg Frank hat auch immer ein gutes Gedächtnis bei solchen Sachen. - Also: Da ist die SPD nun wirklich kein Sachwalter.

Dieser Antrag ist genauso ein Fall: Erst wird beklagt, das dauert alles zu lange, das geht nicht schnell genug, die Oberbürgermeisterin treibt das nicht voran. Aber wenn etwas Beschlussreifes vorliegt, dann soll es noch eine zusätzliche Prüfschleife nehmen, ehe es beschlossen wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in Sachen Rotes Haus mittlerweile bestimmt ein Dutzend Planungen gesehen. Wir haben mehrere Workshops mit der Verwaltung gemacht. Bei allen Planungen gab es irgendwelche Nachteile. Natürlich wäre es schön gewesen, den Aufzug bis auf die Ebene des Rathausplatzes durchzuziehen. Aber es hätte städtebauliche Probleme zur Folge gehabt, wenn man einen Laubengang herumzieht, oder es hätte zu kriminalpräventiven Problemen geführt, wenn man einen Gang mitten durch das Gebäude zieht, von der Vermarktung der übrigen Gebäude ganz abgesehen. Auch bei der vorletzten Planung, die Herr Höing uns vorgelegt hat, haben wir gesagt: Das ist es noch nicht. Da muss er noch einmal mit dem Investor in Klausur gehen.

Als er aber mit dem, was hier jetzt auf dem Tisch liegt, im Stadtentwicklungsausschuss wieder vorstellig geworden ist, habe ich gesagt: Ja, das ist eine gute Lösung. - Natürlich ist das ein Kompromiss. Ja, die Treppe wird etwas schmaler. Wir verlieren damit 2 Meter Treppe, aber wir gewinnen eine barrierefreie Erschließung für den Rathausplatz.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

nicht nur für diejenigen, die mit der U-Bahn kommen - das werden gar nicht so viele sein -, sondern vor allem für die vielen Besucher, Nutzer, Gäste auf dem Alter Markt, die nun dieses Niveau dort überwinden können. Von daher: Das ist ein vertretbarer und guter Kompromiss.

Diese Planung ist am Dienstag auch in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vorgestellt worden. Die Vorlage ist dort ausdrücklich begrüßt worden. Man hat zwar bedauert, dass es so lange gedauert hat; aber auch dort freut man sich über diese Lösung. Auch deswegen ist es wichtig, dass wir das heute entscheiden.

Ich hoffe, Herr Höing, dass Sie jetzt möglichst schnell für den Investor das entsprechende Baurecht schaffen, damit schnell gebaut wird und dieser Schandfleck direkt neben unserem Historischen Rathaus endlich verschwindet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat der Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen aus dem Rat! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Sterck, ich muss Sie ein bisschen korrigieren bzw. ergänzen.

Hier wurde ja schon viel vom Copyright geredet. Dass der Aufzug jetzt an der Stelle gebaut wird und nicht mitten auf dem Alter Markt, wie es am Chlodwigplatz der Fall ist, das hängt mit einer Frau zusammen, nämlich mit Erdmute Adele Nauwerk, damals stellvertretende Bezirksvorsteherin von der CDU-Fraktion. Sie hat in der Altstadt gewohnt, sich die Pläne genau angeguckt und dann laut die Alarmglocken läuten lassen. Ihr Vorschlag wurde bei uns in die BV erörtert und ein entsprechender Beschluss gefasst. Ohne Süßholz raspeln zu wollen, will ich den Rat dafür loben, dass er und auch der damalige Oberbürgermeister Schramma da mitgezogen haben.

Es gab es aber noch eine weitere Person, die ganz entscheidend daran mitgewirkt hat, nämlich Regierungspräsident Lindlar. Dafür musste ja der Bebauungsplan geändert und ein großer Batzen

Geld zur Verfügung gestellt werden. - So kam es, dass es jetzt so ist, wie es ist. Meine Lieblingsformulierung ist: Das ist die normative Kraft des Faktischen.

Wir haben übrigens auch sehr intensiv über dieses kleine Fleckchen Erde von Köln, das Rote Haus, diskutiert, in dem viele Jahre lang die Grüne-Fraktion untergebracht war.

(Zuruf)

Ach wissen Sie, da bin ich ganz locker. Wie hat Guido Westerwelle immer gesagt? Lieber ein Haus im Grünen als ein Grüner im Rathaus.

(Heiterkeit)

Man kann ja hier auch mal ein bisschen Spaß und Satire machen und an solche genialen Sprüche erinnern. Ich darf das sagen. Wir haben Humor.

(Beifall bei der FDP)

Zur Sache. In der BV wurde diese Vorlage sehr kontrovers diskutiert. Aber die Mehrheit war für die Beschlussvorlage der Verwaltung. Für uns war ganz wichtig, dass das jetzt endlich zum Abschluss kommt, auch damit man nicht immer wieder vom Investor dieses und jenes fordert und er womöglich noch abspringt. Wir wollen, dass man sagt: Lasst uns das jetzt so machen, egal ob die Treppe zu schmal ist oder nicht. Ich meine, es werden nicht alle so fußlahm sein und unbedingt diese Treppe nutzen. Viele werden auch die Straße heruntergehen, um zum Alter Markt zu kommen. Das sehe ich pragmatisch. - In diesem Sinne vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frenzel hat noch einmal das Wort.

**Michael Frenzel (SPD):** Ich mache es jetzt vom Platz aus. - Es wurden zwei sachliche Argumente gegen unseren Antrag vorgebracht, auf die ich gern noch eingehen möchte. Aber zunächst vielen Dank, Herr Hupke, für die kleine Geschichtsstunde hier. Erfreulich, zu hören, dass selbst das, woran sich Herr Sterck erinnert, noch ergänzt werden kann.

Zwei sachliche Gegenargumente wurden vorgebracht. Ein Einwand, der sowohl von Frau Paku-

lat als auch von Herrn Sterck kam, war, dass durch unseren Antrag eine Verzögerung entstehen würde. Ich möchte darauf hinweisen, dass unser Ergänzungsantrag weder eine Vertagung in weitere Gremien vorsieht noch das Projekt aufhalten soll. Ich sehe es Ihnen nach, dass Sie unseren Antrag noch nicht lesen konnten, weil er als Tischvorlage kam. Deshalb lese ich Ihnen jetzt den Beschlusstext vor:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, diese Variante

- also: die hier vorgelegte Variante; Herr Höing, dafür noch einmal vielen Dank -

mit dem Investor planerisch auszuarbeiten, die Kosten zu ermitteln und hierüber mit dem Investor zu verhandeln. Im Rahmen der Verhandlungen ist darauf hinzuwirken, die ursprüngliche Breite der Rathautreppe zur Rathausebene hin soweit wie möglich zu erhalten mit dem Ziel, den Anforderungen des öffentlichen Stadtraums an dieser zentralen Stelle neben dem Historischen Rathaus gerecht zu werden und diese mit den Nutzungsinteressen des Investors in Einklang zu bringen.

Das heißt: Wir würden mit dem Ergänzungsantrag der SPD auch die Vorlage beschließen, so wie es auch von Ihnen gewollt ist. Insofern ist das kein Argument gegen den SPD-Antrag.

Der zweite Einwand war, die Verwaltung würde sowieso dafür sorgen, dass die Treppe verbreitert wird. Ich würde die Verwaltung bitten, sich dazu noch einmal zu äußern. Unserer Ansicht kann es nicht schaden, das jetzt mitzubeschließen. Es ist nach wie vor konstruktiv aus meiner Sicht, wenn man einen Beschluss fasst zu dem, was man haben will. Ich halte das, was die SPD hier vorschlägt, keineswegs für destruktiv. Ich glaube, es steht völlig außer Zweifel, dass die SPD hier in der Stadt irgendetwas verzögern will. Das wäre nicht vernünftig und nicht sachorientiert. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich glaube, dass hier nicht nur viele Menschen die gleiche gute Idee hatten, sondern dass auch viele das Gleiche wollen. - Herr Höing, bitte dazu.



**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das schon im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert. Ich hatte dort gesagt: Die Ausführungs- oder Entwurfsplanung liegt noch nicht vollständig vor. Ich nehme das als Hinweis mit. - Man muss aber so ehrlich sein, zu sagen: Wir werden es nicht hinbekommen, diese 2 Meter, um die wir jetzt ringen, vollständig zurückzuführen. Dann ist das Projekt gestorben. Das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen. Dann ist vom Erdgeschoss auf Rathausplatzniveau nichts mehr da, und dann wird das ein Investor nicht mehr machen.

Ich habe zugesichert: Wir werden uns um die Ausformulierung des Sockels kümmern. Wenn da noch ein paar Zentimeter herauszuholen sind, dann machen wir das und besprechen das mit dem Investor. Aber ich würde Ihnen heute ungern zusichern wollen, wir verschieben das um 2 Meter. Dann sind nicht nur diese 2 Meter weg, sondern auch das Projekt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja auch nicht beantragt!)

Aber ich nehme das als Hinweis mit. Wir kommen ja ohnehin noch einmal zusammen wegen der Kosten. Wir müssen den Vertrag mit dem Investor auch noch anpassen. Dann werden wir Ihnen noch einmal darlegen, in welche Richtung sich das weiterentwickelt. Stadträumlich gesehen ist eine Breite von 3,50 Meter durchaus akzeptabel. Wir haben das mit unserem Stadtkonservator intensiv besprochen. Wir haben das mit allen, von der Feuerwehr bis zur Kriminalprävention, besprochen. Das ist jetzt kein Menetekel, das ist auch kein Nadelöhr, was wir da herstellen. Aber den Hinweis, alles zu versuchen, ihn noch ein bisschen einzurücken, nehme ich gerne mit.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Höing. - Ich möchte jetzt gern abstimmen lassen.

Zunächst lasse ich den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe Piraten und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD und Pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.11 auf:

#### **10.11 Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechtes 3450/2016/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man könnte denken: Täglich grüßt das Murmeltier. In jeder Ratssitzung steht Herr Sterck hier vorn und warnt davor, welche Hürden im Wohnungsbau geschaffen werden. In der letzten Ratssitzung habe ich eine ähnliche Rede gehalten und von dem Seufzer von Kirsten Jahn im Wohnungsbauforum berichtet, die da sagte: Ach, wir haben nur noch so wenige Bebauungsverfahren im Stadtentwicklungsausschuss; früher waren das viel mehr.

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses letzte Woche Donnerstag gab es bei Tagesordnungspunkt 10, Einleitung, Aufstellung und Offenlegung von Bebauungsplänen, keinen einzigen Unterpunkt mehr, obwohl wir früher bei diesem Tagesordnungspunkt ein ganzes Dutzend von Unterpunkten hatten. Das wollte ich dem werten Kreis hier zur Kenntnis geben. Anscheinend ist ja doch etwas dran an der Warnung von Herrn Sterck, die er in jeder Sitzung wiederholt.

(Beifall bei der FDP)

Sie schaffen es wirklich, meine Damen und Herren, den Wohnungsbau in Köln vollkommen zum Erliegen zu bringen. Mietpreibremse - das ist kein kommunales Projekt; das gebe ich zu -, Milieuschutzsatzung, kooperatives Baulandmodell und heute kommt noch ein Vorkaufsrecht hinzu, für das wir wieder eine Menge Bürokratie schaffen für geschätzt 6.000 Fälle im Jahr, für deren Prüfung wir 7,5 Stellen schaffen, mit dem wir 650.000 Euro an Kosten verursachen.

Aus der Anlage zu dieser Vorlage wird ersichtlich, welcher Erfolg zu erwarten ist. Das wird ja schon in anderen Städten praktiziert, zum Beispiel in München, Dortmund, Düsseldorf und Hannover. Dort gibt es ungefähr drei bis fünf Fälle pro Jahr, wo dieses Vorkaufsrecht gezogen

wurde. Das heißt: Wir schaffen hier eine Bürokratie, wir schaffen 7,5 Stellen, und wir geben 650.000 Euro dafür aus, nur damit wir vielleicht im Durchschnitt viermal dieses Vorkaufsrecht wirklich ziehen. Da muss ich sagen: Das steht in keinem Verhältnis.

(Beifall bei der FDP)

Aber nicht nur das. Es entsteht auch ein Schaden. Ich rede hier nicht nur von dem Vertrauensschaden bei den Investoren, die sich auf ein entsprechendes Projekt eingestellt haben. Ich rede auch von dem Schaden, der entsteht, dass zunächst eine mehrmonatige Prüfung bei der Stadtverwaltung erfolgt und dann, wenn dieses Vorkaufsrecht gezogen wird, eine mehrjährige Umplanung vorgenommen wird. Die Stadtverwaltung wird ja nicht plötzlich anfangen, Wohnungen selbst zu bauen. Nein, das Grundstück wird dann weitergegeben, am besten an die GAG oder wen auch immer. Diejenigen fangen an, dann noch einmal neu zu planen, was ein neues Verfahren nach sich zieht. Da können Sie sich doch vorstellen, wie lange es dauert, bis wirklich gebaut werden kann, sei es Wohnungen oder anderes.

Das ist genau das, was ich meine: immer neue Hürden, immer mehr Bürokratie. Christian Lindner hat die Wahl in Nordrhein-Westfalen letzten Sonntag

(Zurufe von der LINKEN)

- ja, das möchtet ihr jetzt nicht so gern hören, aber das müsst ihr euch trotzdem anhören - mit seiner Forderung nach einem Entfesselungsgesetz für Nordrhein-Westfalen gewonnen. Genau das brauchen wir für Köln: einen Entfesselungsbeschluss für den Wohnungsbau in dieser Stadt statt immer neue Auflagen, die hier beschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Ich mache es kurz vom Platz aus. - Den Redebeitrag von Herrn Sterck kann man, glaube ich, so nicht stehen lassen, weil er schlicht und ergreifend zur Legendenbildung beiträgt.

Herr Sterck, ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass das kommunale Vorkaufsrecht in erster Linie natürlich nicht die Absicht hat, Grund-

stücke, die zum Verkauf von Privat an Privat stehen, zu erwerben. Vielmehr soll von ihm die Signalwirkung ausgehen, dass nicht einer dem anderen ein Grundstück verkaufen kann und der Käufer dann dort irgendetwas baut, wenn dieses Grundstück für Wohnungsbau geeignet ist.

Die Anzahl der Grundstücke, bei denen eine Stadt - Sie haben ja München und Stuttgart angeführt - oder eine Stadttochter tatsächlich das Vorkaufsrecht ausgeübt haben, ist tatsächlich sehr überschaubar. Nichtsdestotrotz sind diese Kommunen nach langjährigem Einsatz des Vorkaufsrechts der Auffassung, dass es ein geeignetes Instrument ist, um ungewollte Verkäufe zwischen Privaten zu verhindern. - Das zum einen.

Zum Zweiten. Sie gerieren sich hier als derjenige, der es schafft, die Wohnungsnot in Köln zu überwinden. Dafür arbeiten Sie hier mit subjektiven Gefühlen, nicht aber mit Fakten. Gestern gab es eine Pressekonferenz der GAG - Herr Sterck, vielleicht haben Sie das auch zur Kenntnis genommen -, in der sie berichtet hat, dass sie im letzten Jahr 400 Wohnungen errichtet hat und in diesem Jahr 500 Wohnungen errichten wird. Wir alle wissen: Das ist nicht genug.

Wir sehen aber auch, dass die vielen Instrumente, die wir in den letzten Jahren im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen beschlossen haben und jetzt Anwendung finden, wirken; vielleicht nicht schnell genug, das mag ja sein, aber sie sind richtig. Ich finde es einfach unverantwortlich, Herr Sterck, dass Sie hier immer so tun, als würde die Mehrheit des Rates versuchen, den Wohnungsbau zu verhindern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl war am 14. Mai. Ich weiß, dass es noch Wahlkampfreden gibt, die nicht gehalten worden sind. Aber wir sind doch hier keine Recyclinganstalt für alte Wahlkampfreden.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines muss man ja auch sagen: Herr Lindner wird gar nichts machen; er ist auf der Durchreise

nach Berlin. Insofern, denke ich, sollten wir uns hier wieder an den Fakten orientieren.

Diese Regelung gab es ja schon einmal in 1990er-Jahren. Sie ist damals der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen. Heute gibt es aber einen entscheidenden Unterschied, und dieser entscheidende Unterschied hat mit Digitalisierung zu tun, von der die FDP ja behauptet, davon etwas zu verstehen. Heute gibt es IT-Verfahren, mit deren Hilfe das Verfahren zur Prüfung, ob Grundstücksverhandlungen angehalten werden sollten, damit wir unser Vorkaufsrecht ausüben können, sehr schnell geht. Das ist auch in der Vorlage beschrieben.

Ich gehe natürlich davon aus, dass die Verwaltung schleunigst prüft und dafür sorgt, dass das Verfahren IT-gestützt verläuft, so wie es auch Landesinstitutionen machen. Ich gehe auch davon aus, dass wir nicht den Personalbestand brauchen, der in der Vorlage dafür vorgesehen ist. Das heißt: Das wird zu einer Optimierung führen.

Eines ist klar: Hier geht es darum, in einer Stadt, wo die Anzahl der Grundstücke für Wohnungsbau sehr knapp ist, diejenigen Grundstücke zu identifizieren, die wir für Wohnungsbau nutzen können, und für sie das Vorkaufrecht auszuüben. Das ist der eigentliche Impetus, der eigentliche Impuls, der von dieser Regelung ausgehen soll.

Insofern dient die Wiedereinführung des Vorkaufsrechts dazu, weitere Grundstücke für den Wohnungsbau zu akquirieren. Wir wissen doch, wie eng die Verhältnisse in Köln sind und dass wir nicht über die entsprechenden Möglichkeiten verfügen. Daher geht Ihre Kritik an diesem Punkt wirklich am Ziel vorbei, Herr Sterck.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich gern abstimmen lassen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FDP-Fraktion und von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.12 auf:

**10.12 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015**  
**0732/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung**  
**hier: Wirtschaftsplan 2017**  
**1178/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.14 Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**  
**hier: Bonner Straße 478-482, 50968 Köln**  
**0399/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017**  
**0695/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir stimmen im Folgenden über die Integrierten Handlungskonzepte „Starke Veedel - Starkes Köln“ ab. Ich hoffe, dass wir keine Zeit verlieren und diese Konzepte jetzt auch wirklich umsetzen können. Für die Menschen in diesen Veedeln ist es wichtig, zu erleben, dass Konzepte nicht nur geschrieben, sondern auch umgesetzt werden.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.16 auf:

**10.16 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“**  
**0737/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das beschlossen.

**10.17 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschrei-**

**ung des Strukturförderprogramms  
MÜLHEIM 2020  
0740/2017**

Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.18 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starke Köln“ für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“  
0743/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.19 auf:

**10.19 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017  
1142/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.20 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete - Baubeschluss  
0049/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimme von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.21 Fortsetzung des Projektes „museumsbus.koeln“  
1090/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2017 bis 2020 und Vergabe der Leistungen  
0773/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten  
AN/0794/2017**

Gestatten Sie mir vorab noch eine Bemerkung dazu. Wir wissen, dass auch dieses Jahr wieder

eine Silvesterfeier stattfinden wird. Wir haben den Jahreswechsel auf dem Plan und dazu auch schon entsprechende Überlegungen angestellt, weil wir das Gleiche wollen wie Sie, nämlich dass in Köln friedlich und fröhlich gefeiert werden kann und diese Bilder dann auch in die Welt ausgestrahlt werden. Sobald unsere Überlegungen konkreter sind, werden wir sie Ihnen selbstverständlich rechtzeitig mitteilen.

Jetzt hat Herr Krupp das Wort. Bitte schön.

**Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben unter 10.22 die Vorlage zur Mittelfreigabe für das Sicherheitskonzept zu den Silvesterfeierlichkeiten in den nächsten Jahren. Ich glaube, nach den Ereignissen an Silvester 2015/2016 ist allen klar: Das ist eine dringende Notwendigkeit. Ich möchte gleich zu Anfang sagen: Die SPD-Fraktion ist mit dieser Verwaltungsvorlage, die den Teil Sicherheit betrifft, einverstanden.

Uns ist allerdings wichtig, zu betonen, dass das Thema Sicherheit nur der erste Schritt sein kann. Der zweite Schritt ist zwingend, dass Köln sich als sichere, aber weltoffene Metropole präsentiert, in der Menschen jedweder Herkunft friedlich miteinander leben und auch Silvester feiern können. Köln hat - darauf rekurrieren wir in unserem Antrag - eine sehr gute Tradition, mit kulturellen Veranstaltungen ein Miteinander, ein Zusammenhalten in der Stadt herzustellen. Wir glauben, solche Bilder sind wichtig, um das rampo-nierte Image von Köln, was Silvesterfeierlichkeiten angeht, in den nächsten Jahren wieder aufzuwerten.

Die Sicherheit an Silvester ist das Grundlegende; ohne die geht es nicht. Um im Bild einer Verletzung zu bleiben, die es ja an Silvester 2015/2016 leider sowohl wörtlich als auch im übertragenen Sinne gegeben hat: Sicherheit steht dafür, dass es zu keinen Verletzungen kommt. Aber um eine Wunde zu heilen - das meine ich jetzt im übertragenen Sinne -, bedarf es eben mehr. Daher wünschen wir uns ein Konzept, das wie dieses Sicherheitskonzept auf die nächsten Jahre abzielt und aufzeigt, wie die Stadt Köln für Silvesterfeiern ein Bild in die Welt transportieren will, das deutlich macht, dass man hier nicht nur sicher, sondern auch friedvoll miteinander im kulturellen Kontext feiern kann.

Ich bin der Frau Oberbürgermeisterin dankbar für ihre Ankündigung, dass an diesen Dingen bereits gearbeitet wird. Nichtsdestotrotz halte ich es für richtig, wenn der Rat als gewählte Vertretung der

Kölnern und Kölner sich auch noch einmal klar dazu bekennt. Im Übrigen haben wir in unserem Änderungs- bzw. Zusatzantrag sehr konkrete Vorstellungen formuliert, die in ein solches Konzept einfließen können.

Wenn es jetzt heißt: Wir werden Sie rechtzeitig informieren, muss ich Sie daran erinnern, dass das letztes Jahr leider nicht so war. Ende Juni 2016 lag Ihnen das Konzept eines Veranstalters vor. Den muss man nicht nehmen, dessen Konzept muss man nicht gut finden; man kann auch ein anderes Konzept machen. Spätestens da ist aufgefallen, dass es schon Überlegungen dazu gibt. Nach einem kurzen Gespräch wurde das abgeblasen und gesagt, aus Sicherheitsgründen sei das nicht möglich. Klar, Sicherheit hat hier Priorität. Gleichwohl hätte man das in mehr als einem Gespräch klären müssen und können.

Erst im September 2016 fand dann auf Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde im Rat der Stadt Köln statt, in der wir das berühmte Thema Zaun diskutiert haben. Damals wurde gesagt, dass es eben auch positive Bilder braucht, dass es eine gewisse Feierlichkeit braucht.

Am 12. Dezember 2016, sage und schreibe einen halben Monat vor Silvester, hat die Stadt Köln eine Pressemitteilung herausgegeben, aus der hervorging, dass es eine Illumination am Dom geben soll und dass zwei Chöre singen werden, denen ich ausdrücklich dankbar dafür bin. Wenn sie sich nicht bereit erklärt hätten, dort zu singen, hätte es nämlich schlecht ausgesehen.

Deshalb sind wir schon sehr vorsichtig, wenn es heißt: Wir sind da dran und werden es Ihnen rechtzeitig mitteilen. - Wir würden das gern mit unserem Ratsantrag noch einmal unterstreichen. Im privaten Kreis ist es ja durchaus üblich, spätestens nach Ostern gefragt zu werden, was man Silvester macht. Insofern sind wir hier keine Minute zu früh. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Mich fragt komischerweise keiner mehr, was ich Silvester mache.

(Heiterkeit)

Als Nächster hat Herr Frank das Wort.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Grundsatzrede zu Silvester halten, aber an einiges erinnern. Wir haben im Hauptausschuss nach Silvester - es muss Januar oder Februar gewesen sein - über dieses Thema gesprochen, auch in Auswertung dessen, was Silvester 2016 geschehen ist, und haben bei der Gelegenheit die Verwaltung gebeten, eine entsprechende Planung vorzubereiten bzw. Vorschläge zu machen, welche kulturellen Darbietungen an Silvester auf dem Roncalliplatz oder im Umfeld vorgesehen werden können. Das heißt: Man braucht wieder ein attraktives Konzept. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung dies auch vorlegt und wir dann Gelegenheit haben werden, darüber zu diskutieren.

Insofern ist es jetzt - die SPD ist ja auch im Hauptausschuss vertreten und müsste sich eigentlich daran erinnern - ein bisschen aus der Hüfte geschossen, mit einer Tischvorlage, die die Fraktionen heute um 14 Uhr erreichte, ein Fest vorzuschlagen, das sich an Birlikte orientiert, wie es hier heißt. Das ist eine Möglichkeit. Aber das jetzt einfach mal so spontan zu entscheiden, wäre der Sache nicht angemessen. Wir müssen erst einmal wissen, was die Verwaltung vorschlägt und was auch zum Sicherheitskonzept passt.

Kurz und gut: Deshalb kann man diesen Vorschlag der SPD jetzt nur zurückstellen. Er wird sicherlich in Zusammenhang mit den Vorschlägen der Verwaltung noch einmal behandelt werden können. Gemäß Geschäftsordnung bitte ich daher, diesen Antrag zurückzustellen und ihn, wenn die Verwaltungsvorlage vorliegt, noch einmal zu diskutieren.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Sicherheitskonzept zur letzten Jahreswende war als Antwort gedacht auf die schrecklichen sexuellen Übergriffe auf junge Frauen an Silvester 2015. Es war die falsche Antwort. Hunderte junge Männer wurden von der Polizei ohne ersichtlichen Grund kontrolliert und festgehalten. Der Roncalliplatz war menschenleer. Als ich im letzten Jahr über den leeren Roncalliplatz spazierte, sprach eine junge Frau eine Ordnungsperson an und sagte: Es soll doch hier eine Party sein. - Da

war aber keine Party, und die Polizei hatte sich völlig verschätzt, wer da am Bahnhof ankommt.

In der letzten Sitzung des Polizeibeirates merkte der Polizeipräsident an: Man kann den Konflikt nicht jedes Jahr polizeilich lösen. Wir brauchen ein Konzept für eine zivile Konfliktlösung. Die Polizei kann Konflikte nicht lösen; dafür ist sie auch nicht da. Sie kann sich allenfalls an einer Konfliktlösung beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, die Kommune, der Rat und Sie, Frau Oberbürgermeisterin als Chefin der Verwaltung, müssen die Initiative ergreifen. Wir sind gefordert. Wir dürfen diesen Konflikt nicht von uns weg schieben und der Polizei überlassen. Die Verwaltung plant aber auch für die nächsten Jahre solche ausgrenzenden Silvesterveranstaltungen nach dem Vorbild des letzten Jahres, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst der Polizeipräsident hat in der Diskussion im letzten Jahr darauf hingewiesen: Man braucht keine Drängelgitter. Das kann man, wenn man will, auch anders lösen. - Man kann mit polizeilichen Mitteln manchen Phänomenen entgegenwirken; gar keine Frage. Aber wir müssen auch die gesellschaftlichen Grundlagen von Konflikten in den Blick nehmen und an ihnen arbeiten.

Meine Damen und Herren, damit beschäftigt sich zum Beispiel das Forum Ziviler Friedensdienst. Es hat seinen Sitz hier in Köln. Das Forum wird von der EU und der Bundesregierung gefördert. Das Forum ZFD - so die Abkürzung - hat in den letzten Jahren Kommunen in Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und den Grünen-Oberbürgermeister von Tübingen bei der Gestaltung von Integrationsprozessen und bei Konflikten beraten. Warum kooperieren wir nicht mit dieser Stelle? Warum schottet sich die Verwaltung ab, statt konstruktive Lösungen zu suchen?

Das Forum ZFD schreibt in seiner Broschüre „Kommunale Konfliktberatung“ - ich zitiere -:

Soziale Brennpunkte, eskalierende Gewaltkonflikte und bestehende Spannungen zwischen einzelnen Gruppen in der Gesellschaft sind in diesem Sinne Herausforderungen und Chance für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung, deren Erfolg davon abhängt, wie konstruktiv mit derartigen Konflikten umgegangen wird.

Zitatende. - Wir wollen diesen Gedanken aufgreifen. Dazu brauchen wir eine andere Silvesterveranstaltung als im letzten Jahr.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein Event schaffen, auf dem Kölnerinnen und Kölner miteinander feiern können und an dem sich Menschen aus dem Umland und auch junge Männer, die vielleicht zum letzten Silvester am Bahnhof eingekesselt worden sind, beteiligen können.

Lieber Kollege Frank, dieser Antrag ist nicht aus der Hüfte geschossen. Ich habe euch persönlich bei der einen oder anderen Gelegenheit darauf angesprochen - zum Beispiel Frau Jahn -, dass wir da einen anderen Weg gehen müssen. Aber da ist nichts gekommen. Dieses Thema habe ich mit der SPD schon vor einem Vierteljahr angesprochen. Um Vorschläge zu entwickeln und sie auszuformulieren, braucht es eine gewisse Zeit.

Frau Reker, für die Kultur sind in Ihrer Vorlage bisher keine finanziellen Mittel vorgesehen. Diese Vorlage betrifft allein das Ordnungsrecht. Insofern muss man sich schon Sorgen machen, wie das weitergeht.

Kollege Frank, da Sie eben von entsprechender Planung gesprochen haben: Ja, Sie wollen, dass es wie im letzten Jahr läuft. Und das will ich nicht. Deswegen beinhaltet dieser Änderungsantrag ein anderes Konzept. Er versucht, einen Weg zu öffnen, wie das Problem, das wir im letzten Jahr hatten, gelöst werden kann, vielleicht nicht schon an Silvester dieses Jahres, aber bei dem im nächsten oder im übernächsten Jahr. Das ist unser Ansatz. Wir wollen nicht, dass weitergemacht wird wie bisher in der Hoffnung, die Polizei werde das schon lösen. Die Polizei kann das nicht lösen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen, ich unterstelle Ihnen, dass Sie wirklich das Beste wollen. Aber ich war von 17 Uhr bis 0.30 Uhr auf dem Roncalliplatz oder in unmittelbarer Nähe. Nach 0.30 Uhr wurde es dort leer. Sie müssen erst ab 0.45 Uhr dort gewesen sein.

Ich möchte noch eines sagen: Das Zitat des Polizeipräsidenten kenne ich auch; das stimmt. Aber der Polizeipräsident hat im Nachgang der Silvesterfeier ausdrücklich gesagt, dass sich die Schutzzone sehr bewährt hat, und angeregt, diese Schutzzone im nächsten Jahr auszudehnen.

Ich gebe jetzt Herrn Breite das Wort.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können das, was Herr Detjen hier gesagt hat, nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Für viele Frauen war es eine gute Botschaft, dass sie auch an Silvester wieder ohne Angst und Scheu auf den Roncalliplatz gehen und dort feiern können.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dessen, was vielen Frauen dort vorletztes Jahr passiert ist, jetzt eine zivile Konfliktberatung vorzuschlagen, zeugt von völliger Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Frauen, die begrabscht werden, wollen keine zivile Konfliktberatung. Sie wollen, dass Polizeibeamte vor Ort sind. Sie wollen das Recht haben, dort feiern zu können. Sie wollen, dass Straftäter bestraft werden, wenn sie ihnen etwas angetan haben. Sie wollen nicht, dass wir dort Moderatoren einsetzen, sondern sie wollen, dass die Täter gefangen genommen und zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie hier vorschlagen, Herr Detjen, das hilft keiner Frau und ist beschämend für die Opferinnen, die dort Übergriffen schutzlos ausgesetzt waren.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, Herr Detjen. Ich lasse einfach nicht zu, was Sie hier für ein Frauenbild vermitteln. Frauen haben das Recht, sich zu jeder Uhrzeit an jedem Ort in Köln aufzuhalten und zu feiern. Das war in der vorletzten Silvesternacht nicht gegeben, in der letzten Silvesternacht aber schon. Das war möglich durch das Schutzkonzept, das wir hier verabschiedet haben.

(Beifall bei der FDP)

Dafür sind wir dem Polizeipräsidenten und unserer Oberbürgermeisterin dankbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich lasse auch nicht zu, das Konzept, das die Oberbürgermeisterin mit dem Polizeipräsidenten erarbeitet hat, als „ausgrenzende Silvesterfeierlichkeiten“ zu bezeichnen. Nein, das Konzept war gerade eine Einladung, dass Frauen auf dem Roncalliplatz wieder sicher feiern können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Darum wünsche ich mir, dass dieses Konzept weitergeführt wird. Es wurde schon angesprochen, dass wir es im letzten Jahr mit Veranstaltungen flankiert haben. Ich meine, die Lichtinstallation war schon sehr erfolgreich. Es war auch berührend, zu sehen, welche Gruppen dort aufgetreten sind. Ich bin sicher, da kommt etwas.

Eigentlich wollte ich den Vorschlag von Jörg Frank unterstützen. Aber nachdem ich gehört habe, was mit diesem Antrag instrumentalisiert werden soll, bin ich zu der Meinung gekommen, diesen Antrag abzulehnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da setze ich lieber auf unsere Kölner Oberbürgermeisterin und ihre Verwaltung und auf ihr Konzept, das sie hier vorstellen wird, und auf den Kölner Polizeipräsidenten, als auf das, was dieser Änderungsantrag uns hier vorgaukelt. Darum werden wir den ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hegenbarth hat das Wort.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich hier nicht auf die FDP eingehen, muss aber doch feststellen: Sie haben Ihren Wahlkampfmodus noch nicht heruntergefahren. All diejenigen, die immer noch nicht wissen, was liberal ist, sollten einmal ganz genau hinschauen bei dieser ordnungspolitischen Partei; das nur am Rande.

Die letzten zwei Silvester haben viel Kritik, Empörung und Angst hervorgerufen. Unser Antrag ist ein angemessener Versuch, dies in Zukunft zu vermeiden.

Ich möchte doch noch einmal kurz auf das zurückkommen, was in den letzten beiden Jahren an Silvester passiert ist. Silvester 2015/2016 war unbestreitbar eine Zäsur. Da muss eine klare Sprache gesprochen werden. Grausame Über-

griffe auf Frauen und Mädchen, Raub, Diebstahl, körperliche und sexuelle Angriffe und das alles in einem Ausmaß, das vorher unvorstellbar war. Die Polizeiarbeit war schlecht. Die Medien und der Untersuchungsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen haben dezidiert nachgewiesen, dass die Polizei mit ihren Aktionen die Sache verschlimmert hat und Frauen von der Polizei im Stich gelassen wurden. Die Konsequenz war - das wissen wir alle -: Polizeipräsident Albers musste gehen.

Silvester 2016/2017 sollte sich alles ändern. Aber um welchen Preis? Einzelne oder kleinere Gruppen von Männern und Jugendlichen mit dunklen Haaren wurde am Dom aussortiert und eingekesselt. Die Polizeimaßnahme, die dort angewendet wurde, nennt sich Racial Profiling, egal wie schöngeredet das wird.

(Beifall bei den Piraten und  
der LINKEN)

Menschen auszuschließen, weil sie angeblich anders aussehen oder eine schwarze Hautfarbe haben, ist nicht nur rechtswidrig und falsch, sondern auch besonders bitter für die Betroffenen.

Gerade der abgetrennte Bereich um den Dom herum wurde von spitzen Zungen als ein mit Laserlicht beleuchteter internationaler Polizeiball beschrieben. Das hat mich eher bedrückt wie auch die unglaublich grauenhafte Art und Weise der Diskussion in den sozialen Netzwerken im Nachgang zu Beginn dieses Jahres. Kritik an der Vorgehensweise wurde nicht nur ungern gesehen, sondern man wurde digital niedergeschrien und Menschen wie Simone Peters von den Grünen sogar so lange gehatespeecht, bis sie ihre Meinung zurückgenommen hat, weil ihr sogar die eigenen Parteifreunde in den Rücken fielen.

Zum Karneval dieses Jahres fiel der Polizei nichts Besseres ein, als Flüchtlingsinitiativen davon abzuraten, gemeinsam mit Geflüchteten zu feiern. Die Flüchtlinge wurden gewarnt, dass sie dort besser nicht auftauchen sollten; sonst würden sie besonders kontrolliert. Auf der anderen Seite erhielt die Polizei an Karneval einen Wagen mit Herzchen für unseren Polizeipräsidenten.

Polizeiarbeit ist richtig und notwendig, aber kein Allheilmittel. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Genauso notwendig ist es, neue Konzepte zu überlegen. Genau daher ist dieser Antrag wichtig.

Wir Piraten wollen mitnehmen und nicht absperren, nicht trennen und - liebe FDP - kein langfristiges Kontroll- und Überwachungssystem in Köln. Es geht darum, Lehren aus den schlimmen Erfahrungen zu ziehen, jenseits von Videoüberwachung, die wir nun wirklich nicht wollen, weil sie ein Placebo ist und für Ordnungsmacht steht.

Wir als kleine Gruppe der Piraten haben Ideen und Anregungen direkt nach Silvester 2015/2016 geliefert:

Für Karneval haben wir Aufklärung statt Verbote gefordert: Infos in Unterkünften, Infos in Apps. Das alles haben wir immer auch mit der Ansage verknüpft, dass die hiesige Gesellschaft schon seit Jahren mit sexueller Gewalt und Diskriminierung zu kämpfen hat.

Wir haben die Übernahme des präventiven Aspekts des Münchner Sicherheitsschutzkonzepts „Sichere Wiesen“ gefordert, was zum Teil an Silvester auch umgesetzt wurde.

Unser Antrag „Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen“ befindet sich zwar noch in der Beratung, aber alle sind sich einig, dass auch Männer ihr grenzverletzendes Verhalten ändern müssen. Es braucht endlich mehr Präventionsangebote auch für Erwachsene; denn Präventionsarbeit mit potenziellen Tätern ist der beste Opferschutz. So kommt es gar nicht erst zu Opfern.

Auf unsere Anregung in der aktuellen Ratsanfrage „Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt - alternativlos?“ wird die Stadt nun das Konzept „Allparteiliches Konfliktmanagement in München“, kurz AKIM, auswerten. Danke übrigens an die Verwaltung, dass unsere Anfrage gleich so umgesetzt wird; das erspart uns einen Prüfantrag an der Stelle.

Gemeinsam mit LINKEN und SPD machen wir klar, dass 1,3 Millionen Euro für mehr Sicherheit in den kommenden drei Jahren nicht reichen werden. Man muss ein Programm anbieten, an dem jeder teilhaben kann. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten und  
der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde jetzt gern der Gleichstellungsbeauftragten dazu das Wort geben.



**Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Dahmen:**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gespräche, die ich mit den Frauenverbänden und den Beratungsorganisationen geführt habe, machen deutlich, dass die Frauen sich tatsächlich geschützter und sicherer gefühlt haben aufgrund dieses Sicherheitskonzepts. Trotz dieses Sicherheitskonzepts hat es jedoch immer noch sexuelle Übergriffe gegeben. Allein an Karneval waren es 60. Die Frauen und die Verbände gehen jetzt ganz aktiv auf verschiedene Institutionen zu, um das umzusetzen, was hier auch angeregt wurde, nämlich präventiv mit den Jungen und Männern zu arbeiten, damit solche Übergriffe künftig unterbleiben. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse zuerst über den Geschäftsordnungsantrag der Grünen abstimmen, den Antrag der SPD-Fraktion zurückzustellen. - Frau dos Santos Herrmann.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Eine Verfahrensfrage, Frau Oberbürgermeisterin. Wir würden unseren Antrag schon aufrechterhalten wollen. Ist das so nach der Geschäftsordnung korrekt?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse gleich auch über Ihren Antrag abstimmen.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Das ist gut. - Danke.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht ja nicht, wenn er zurückgestellt ist!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich höre gerade, das geht so nicht. Dann muss ich eine andere Reihenfolge wählen. Danke für den Hinweis!

(Unruhe)

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich kann einen Antrag entweder ablehnen, ihm zustimmen oder ihn vertagen. Die beantragte Zurückstellung ist eine Vertagung des Antrags. Ich hatte bean-

tragt, dass er dann wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, wenn die Verwaltung ihr Veranstaltungskonzept für Silvester vorlegt, was sie ja angekündigt hat. Ich gehe davon aus, dass das noch vor der Sommerpause der Fall sein wird; aber ich bin nicht Verwaltung. Dann wollen wir uns auch mit diesem Antrag befassen. Es wäre Quatsch, wenn wir den Antrag jetzt abstimmen würden; denn wir hatten ja den Geschäftsordnungsantrag gestellt, ihn zurückzustellen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das ist also ein Antrag auf Vertagung.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe. Ich kann nichts verstehen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine Minute, Frau Oberbürgermeisterin! Wir würden das gerne einmal ganz schnell untereinander abklären!)

Ich unterbreche die Ratssitzung für zwei Minuten.

(Unterbrechung von  
18.52 bis 19.08 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung jetzt gerne fortführen. - Es gibt Hundert verschiedene Vorschläge, wie man hier abstimmen lassen soll. Ich habe auch Vorschläge gemacht, wie man zu einem Ergebnis kommt. Aber das wird so nicht gewünscht. Daher lasse ich jetzt so abstimmen, wie ich mich dabei am wohlsten fühle.

(Teilweise Heiterkeit und Beifall)

Ich kenne die Geschäftsordnung auch. Ich mache das ja auch nicht erst seit gestern. Ich mache es genauso, wie ich es von Anfang an vorgeschlagen habe, und lasse zunächst abstimmen über den Vertagungsantrag für den Ergänzungs- und Zusatzantrag.

Wer wünscht, diesem Geschäftsordnungsantrag zuzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen und die CDU-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und Piraten, die Fraktion DIE LINKE und Herr Wiener. Dann ist das mit 43 Stimmen meines Erachtens so beschlossen.

(Zurufe: Ja!)

Jetzt lasse ich abstimmen über die ursprüngliche Vorlage. Ich bitte um das Handzeichen. Wer stimmt gegen diese Vorlage? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE, die Ratsgruppen GUT und Piraten enthalten sich. Dann ist diese Vorlage so beschlossen. Vielen Dank.

Bitte sehr.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin, erlauben Sie mir, kurz und knapp eine persönliche Erklärung abzugeben. - Es ist jetzt so abgestimmt, wie abgestimmt worden ist. Sie haben ja auch gesehen, dass wir uns enthalten haben. Beim Abstimmungsverfahren - das muss ich sagen - habe ich ein seltsames Gefühl. Ein Änderungsantrag, der zu einer Vorlage eingereicht wurde, kann meines Erachtens nicht getrennt von der Vorlage vertagt werden. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob das gegebenenfalls noch einmal überprüft wird, lasse ich im Moment dahingestellt. Aber es ist jetzt so, wie es ist. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Ich hätte bei jeder anderen Abstimmung auch ein seltsames Gefühl gehabt, Frau dos Santos Herrmann. Das haben wir hier in den letzten Jahren auch so nicht gemacht. Aber ich bin jetzt ergebnisorientiert vorgegangen. Darüber müsste sich die SPD-Fraktion eigentlich freuen. Wer weiß, wie der Änderungsantrag sonst abgestimmt worden wäre.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

**10.23 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfsgerechter Ausbau auf 29.700 Plätze  
0241/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.24 auf:

**10.24 Nationale Projekte des Städtebaus:  
„Lebenswertes Chorweiler - ein Zentrum im Wandel“, Umgestaltung des**

**Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes  
Baubeschluss  
1104/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

**Michael Frenzel (SPD):** Ich möchte bitten, wie Anlage 10 abstimmen zu lassen. Das ist der Vorschlag der Verwaltung, der im Wesentlichen die Vorschläge der Bezirksvertretung Chorweiler beinhaltet.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das habe ich vor.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Machen wir sehr gerne mit! - Jörg Frank  
[Bündnis 90/Die Grünen]: Hätten wir  
sowieso gemacht!)

Frau Sommer.

**Ira Sommer (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir beantragen auch, wie Anlage 10 abzustimmen. Wir danken auch der Verwaltung dafür, dass sie so schnell das, was die Bezirksvertretung Chorweiler beschlossen hat, eingearbeitet hat und man das, was beschlossen wurde, in Anlage 10 wiederfindet.

Ich will noch kurz ein paar Worte dazu sagen. Dieser Beschlussvorlage ist ein sehr aufwendiges Verfahren vorangegangen. Vielen Dank dafür! Das tut gut, sowohl dem Stadtbezirk als auch dem Stadtteil. Für uns spielt die Ziffer 6 im Beschlusstext eine große Rolle, nämlich dauerhaft die Mittel für die Unterhaltung und den Betrieb der Brunnenanlage bereitzustellen. Das ist wirklich ein großes Thema. Denjenigen, die den Stadtteil nicht kennen, will ich sagen: Es gibt dort den Kronenburgbrunnen. Er liegt seit Jahren still. Wir hatten in der Bezirksvertretung mehrfach versucht, den Brunnen wieder zu aktivieren. Das ist an den Mitteln gescheitert. Daher ist es dringend erforderlich, dass die Mittelbereitstellung auf lange Sicht sichergestellt ist. - Herzlichen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie Anlage 10; das ist der aktualisierte Be-

schlussvorschlag der Verwaltung. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.25 auf:

**10.25 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2016  
1468/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13.1 auf:

**13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplans 6646 Sd 2/04 (67464/04)  
- Satzungsbeschluss -  
Arbeitstitel: Marienhospital in Köln-Altstadt/Nord  
4252/2016**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen  
Arbeitstitel: Industriestraße in Köln-Rodenkirchen  
0796/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bilderstöckchen  
Arbeitstitel: Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen  
0892/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 16.1 wurde zurückgezogen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**17 Wahlen**

**17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz  
0988/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.2 Koelnmesse Ausstellungen GmbH  
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes  
0564/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.3 KölnTourismus GmbH  
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes  
0687/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH  
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes  
0698/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH  
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes  
1417/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.6 Antrag der FDP-Fraktion  
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss  
AN/0776/2017**

Da es hier um eine Ausschussbesetzung geht, stimme ich nicht mit. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.7 Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Nachwahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss  
AN/0784/2017**

Auch hier stimme ich nicht mit. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.8 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH  
AchtBrücken GmbH  
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes  
1467/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der Ratssitzung beendet.

(Schluss: 19.21 Uhr)